JULIMAGAZIN

Ausgabe 05/2021

Wie war das Jahr?

Der Staatstrojaner

Afghanistan

Versammlungsgesetz

Bildnachweis: stock.adobe.com/ kalinichenkod

INHALT

1. Organspende
2. 70 Jahre Bundesverfassungsgericht
3. Steckbriefe der neuen Landesvorstandsmitglieder
4. Soll der Mindestlohn abgeschafft werden? Das Pro. vs. Contra
5. Interview mit dem Liberalen Mittelstand
6. Lehren aus Afghanistan
7. Soll die Meisterpflicht abgeschafft werden? Das Pro. vs. Contra
8. Die globale Ungleichheit zeigt sich in der Impfstoffverteilung
9. Versammlungsfreiheit
10. Kritik an 2G
11. Der Staatstrojaner
12. The Economic Case against Discrimination
13. Unsere Vertrauenspersonen
14. Pax Europaea

CHEFREDAKTION

Torben Hundsdörfer

Sina Behrend

Liebe JuLis,

wie optimistisch wir doch alle zu Beginn des Jahres in 2021 geblickt haben, was konnte schon schlimmer werden als 2020 ...
Noch mehr unvorbereitete und undurchdachte politische Entscheidungen, die zum Teil wenig Rücksicht auf die Freiheitsrechte der Einzelnen genommen haben – Nele übt in dieser Ausgabe Kritik am 2G-Konzept. Wir wagen mit euch einen Jahresrückblick und evaluieren Dinge, die in diesem Jahr passiert sind. Laura wirft einen Blick auf die Impfstoffverteilung und was dabei gut und was schlecht gelaufen ist. Marc evaluiert das 70-jährige Jubiläum des Bundesverfassungsgerichts und wirft einen Blick auf dessen wichtigste Entscheidungen. Moritz und Daniel haben einen Blick auf den Rückzug aus Afghanistan gewagt und außenpolitische Konsequenzen formuliert. Paavo, Ralf und Marc diskutieren kontrovers die Vor- und Nachteile einer Meisterpflicht. Nourhan setzt sich mit Organspende auseinander und Alexander und Sina diskutieren den Mindestlohn, der vermutlich mit der Ampel auf uns zukommen wird. Zwei Gesetze, die uns wahrscheinlich alle sehr bewegt haben, sind das Versammlungsgesetz und das Gesetz zu Uploadfiltern. Diese beiden Kontroversen werden von Philipp und Robert beleuchtet. Außerdem haben wir mit dem Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Liberalen Mittelstands Olaf in der Beek ein spannendes Interview über die Zukunft von Unternehmen in Deutschland geführt.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!
Eure

Sina & Torben

ORGANSPENDE: IMMER NOCH EIN PROBLEM IN DEUTSCHLAND

Über das Thema Organspende wurde in den vergangenen Jahren kontrovers diskutiert. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass über 9000 Menschen in Deutschland auf der Warteliste für eine Organspende stehen. Die meisten Patienten auf der Warteliste für Organspenden warten auf eine Nierentransplantation und einige andere auf eine kombinierte Transplantation mehrerer Organe. Im Jahr 2020 wurden ca. 4.900 Personen auf die Warteliste gesetzt, 767 Personen auf der Warteliste starben in diesem Jahr. Es ist daher nicht erstaunlich, wenn die Frage häufig gestellt wird, warum man die Organspende nicht als Verpflichtung für alle einführt, wenn sie doch für viele Kranke die einzige Chance für ein Weiterleben ist.

Wann wird man Organspender?

Auf der offiziellen Website Organspende steht: „Für eine Organspende ist entscheidend, dass der unumkehrbare Ausfall der gesamten Hirnfunktionen (Hirntod) eingetreten ist, die betreffende Person also verstorben ist. Gleichzeitig muss das Herz-Kreislauf-System noch künstlich aufrechterhalten werden, damit die Organe mit Sauerstoff und Nährstoffen versorgt sind. Beide Bedingungen – die Feststellung des Hirntods und das künstlich aufrechterhaltene Herz-Kreislauf-System – sind nur auf der Intensivstation eines Krankenhauses zu erfüllen."

Auf den Hirntod möchte ich hier nicht im Detail eingehen, da diese Todesart selten eintritt. In den meisten Fällen sterben Menschen infolge eines Herzstillstands. In einem solchen Fall dürfen aber keine Organe entnommen werden. Mit einer maschinellen Beatmung und einer guten medikamentösen Einstellung kann ein Herz-Kreislauf-Stillstand für eine gewisse Zeit hinausgezögert werden. Unter solchen Bedingungen werden die Organe weiter durchblutet und es besteht die Möglichkeit, sie zu einer Transplantation zu entnehmen. Wenn jedoch der Herzkreislauf zusammengebrochen ist, werden die Organe nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff versorgt und können nicht mehr an einen anderen Menschen gespendet werden.

Mögliche Ursachen für einen Vertrauensverlust: Medizinskandal

Manche Menschen vertrauen der Organspende nicht vollumfänglich, da sie sich eventuell noch an den Transplantationsskandal von 2012 erinnern. Im Jahr 2012 wurde der größte Organtransplantationsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch Medienberichte weithin bekannt. Ärzte in Göttingen, Regensburg und München sollen Krankenakten gefälscht haben, um mit Organspenden ausgewählte Patienten vorrangig behandeln zu können. Viele Menschen haben reale Angst und Unsicherheit, ob denn der Tod ihres Angehörigen bereits wirklich eingetreten ist.

Sie haben Sorge vor der Organspende: Würde ein potenzieller Organspender schneller für tot erklärt oder würde er weniger Behandlung bekommen, damit man seine Organe schneller entnehmen kann?

Persönliche Unsicherheit

Für viele Menschen ist eine Organspende schwer zu ertragen, da bei dem Toten das Herz-Kreislauf-System weiter funktionieren muss, um die Organe ausreichend zu versorgen. Für Angehörige kann so etwas auch mit Schwierigkeiten behaftet sein, da die Wahrscheinlichkeit besteht, im schlimmsten Falle ein Koma mit dem Tod zu verwechseln. Hierbei ist klar, dass das Koma und der Tod zwar nicht weit auseinanderliegen müssen, Menschen werden schließlich auch ins künstliche Koma versetzt. Aber ob sie im Wachkoma verbleiben und aus diesem wieder aufwachen oder irgendwann die Geräte ausgeschaltet werden, ist keine

leichte Fragestellung. Wenn Leben und Tod sehr nah beieinanderliegen, wird es sehr schwierig, eine Entscheidung zu fällen, schließlich können Patienten auch nach Jahren im Wachkoma wieder aufwachen. Dies erschwert eine Organspende, aber hier muss das Wohl der Angehörigen in Bezug auf das Wohl der Person, welche das Organ benötigt, abgewogen werden. Ein Mensch, welcher der Familie völlig unbekannt ist, welcher ein Organ benötigt, kann ja nicht in jedem Fall über eine mögliche starke emotionale Belastung der Familie gestellt werden. Bei einer ungefragten Entnahme der Organe würde man deren Emotionen nicht berücksichtigen, sondern das Wohl eines Empfängers möglicherweise über das Wohl der Familie stellen.

Medizinische Infrastruktur

Weil die Anforderungen an die Hirntod-Diagnose so hoch sind, fallen viele Organspender weg. Dies liegt darin begründet, dass viele Krankenhäuser nicht das Fachpersonal besitzen, einen solchen Hirntod feststellen zu können. Nicht jede Klinik hat die technische Ausstattung und dafür qualifiziertes Personal. In Deutschland gibt es rund 1.250 Entnahmekrankenhäuser. Durch das Transplantationsgesetz sind Entnahmekrankenhäuser zur Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle und den Transplantationszentren verpflichtet.

Möglicher Missbrauch

Vermehrte Organspenden im eigenen Land könnten sich global bemerkbar machen. Durch eine Organspende kann die Ausbeutung der armen Menschen und Kriegskinder durch den Verkauf ihrer Organe verringert werden. Organe werden teuer verkauft: In Indien kostet eine Niere 20.000 Dollar. In manchen Ländern kann eine Niere bis 150.000 Dollar kosten. Es ist also klar, dass eine Erhöhung der Spendenbereitschaft das Problem in Deutschland ganz wesentlich verkleinern würde.

Wie machen es andere Länder?

In Spanien beispielsweise ist jede Person automatisch ein Spender, außer sie widerspricht und trägt den Widerspruch mit sich. Also genau die umgekehrte Vorgehensweise wie in Deutschland.
Zusammenfassend lässt sich sagen:

- Transparenz und ethisches Verhalten bei der Zuteilung von Spenderorganen muss immer gewährleistet sein
- Verstärkte Information, der Ausbau und die Aufsicht von Transplantationskliniken kann zu mehr Spenderorganen beitragen

Ausblick

Durch eine Verbesserung der aktuellen Situation könnten sich viele neue Möglichkeiten eröffnen. Ein Punkt ist, Organschäden zu vermeiden: Hierbei könnten die Produzenten von Produkten, welche langfristig zu Organschäden führen können, eine Mitverantwortung haben, oder aber der „mündige Konsument“ sollte auf die Spätfolgen hingewiesen werden, ähnlich wie bei Zigarettenpackungen. Einerseits stellen sich die Fragen der ursächlichen Organschädigung. Gibt es bestimmte Prädispositionen? Welches Agens ist hier verantwortlich oder gibt es Risikofaktoren, welche eine Entstehung einer Niereninsuffizienz hervorrufen können? Eine Niereninsuffizienz könnte beispielsweise durch eine falsche Ernährung etwa durch einen hohen Zuckeranteil hervorgerufen werden.

Last not least muss das gegenwärtige Vorgehen überdacht werden: Ist es wirklich zu viel verlangt von einem mündigen erwachsenen Menschen, dass er sich für oder gegen die Organspende entscheidet?
Regelungen in anderen Ländern, wie beispielsweise in Österreich, könnten auch ein Indikator sein, wobei natürlich die individuelle Situation in dem Land wichtig ist und nicht gleich auf ein anderes Land direkt übertragen werden kann. Als Mitglied einer Partei, welche die Eigeninitiative des mündigen Bürgers in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt, meine ich, dass wir auf eine individuelle Entscheidung für oder gegen die Organspende hinarbeiten sollten. Schließlich ist es viel besser, eine Entscheidung zu fällen, sei es für die persönliche Organspende oder dagegen, als nichts zu unternehmen.

Bildnachweis: stock.adobe.com/Stockwerk-Fotodesign

Nourhan Haj Mohamad ist Studentin der Pharmatechnik und Beisitzerin bei den JuLis Lippe. Ihr erreicht sie unter **nourhanal7aj@gmail.com**

70 JAHRE BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Ein Grund zum Feiern?

Es hätte ein großes Fest werden sollen: Zum 70-jährigen Jubiläum des BVerfG wäre mit vielen Festakten und Veranstaltungsreihen zu rechnen gewesen. Durch Corona wurde es dann eher ein stilles Fest. Manche sagen, die Pandemie habe nicht nur die physische Grundlage für ein ausgelassenes Fest entzogen. Die Verfassungsrichter stehen in der Kritik: Zu zögerlich, zu selten würden sie ein Wort zu den Corona-Maßnahmen verlieren, die unbestritten durch ihre Länge, Breite und Tiefe die schwersten Grundrechtseingriffe seit Bestehen der Bundesrepublik darstellen. Zudem hat sich ein Vorwurf zugespitzt, der seit Jahren unter der Oberfläche gärte: Sind die Richter, vor allem der Präsident, zu nah an der Politik?

Zunächst muss festgehalten werden, worin die bahnbrechende Neuerung lag, die mit der Schaffung einer Verfassungsgerichtsbarkeit verbunden war. Konflikte zwischen Mehrheit und Opposition, zwischen Regierung und Parlament, zwischen Bund und Ländern wurden einer sachlichen, verfahrensförmigen, friedlichen Streitlösung zugeführt. Die Alternative dazu ist das „Recht“ des Stärkeren, die Konfliktlösung durch (die Androhung von) Gewalt. Das hatte es freilich in Ansatzpunkten auch schon in Weimar gegeben. Vier entscheidende Unterschiede sind auszumachen: Erstens entscheidet das Bundesverfassungsgericht auch über die inhaltliche Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. Das Grundgesetz ist keine Prosasammlung. Es ist verbindliches, durchsetzbares Recht, das auch den Gesetzgeber bindet. Zweitens ist der Zugang zum Verfassungsgericht durch das Instrument der Verfassungsbeschwerde jedem Bürger eröffnet. Es bietet jedermann Schutz vor Willkür. Drittens hat das Bundesverfassungsgericht sich die Autorität erkämpft, dass seine Entscheidungen auch als verbindlich betrachtet werden. Seine Entscheidungen haben in bestimmten Fällen Gesetzeskraft, es kann Gesetze für nichtig erklären und eigene Übergangsregelungen erlassen. Viertens ist das Bundesverfassungsgericht ein unabhängiges Verfassungsorgan mit eigenem Budget. Den Versuchen einer „Aufsicht“ durch den ersten Bundesjustizminister Dehler hat es sich ebenso entziehen können wie dem Versuch der politischen Instrumentalisierung im ersten großen Verfassungsstreit der jungen Bundesrepublik, dem Streit um die Wiederbewaffnung. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seiner Geschichte immer wieder als Verteidiger der Grundrechte erwiesen. Es hat die Meinungsfreiheit als schlechthin konstituierend für die freiheitliche demokratische Grundordnung erkannt, es hat ein Grundrecht auf Datenschutz erfunden und neue Bedrohungen der Privatsphäre grundrechtlich eingehegt. Es hat aber auch faire Spielregeln für alle Parteien durchgesetzt, prüft bei Entscheidungen in eigener Sache wie dem Wahlrecht oder der Parteienfinanzierung besonders streng. Es schenkt auch jenen Gehör, deren Interessen populärer Meinung nach vielleicht zu vernachlässigen sind: Rechte von Beschuldigten, Strafgefangenen, nicht verbotenen, aber extremistischen Parteien. Es ist längst zum Vorbild besonders der europäischen Verfassungsgerichtstradition geworden. Historisches Vorbild der inzwischen in freiheitlichen Demokratien üblichen Verfassungsgerichte ist der United States Supreme Court, der, obzwar ursprünglich nicht als spezifisches Verfassungsgericht konzipiert, sich Anfang des 19. Jahrhunderts die Kompetenz zugesprochen hatte, die Verfassung letztgültig auszulegen und daran jedes Staatshandeln, auch das des Gesetzgebers, zu messen. Seine Rolle war schon früh kritisch beleuchtet worden: Am Ende des Tages überstimmen 9 Richter, in zentralen Fragen oft 5–4 Stimmen, die Entscheidungen der Volksvertreter. Das Bundesverfassungsgericht hat sich demgegenüber, auch bedingt durch seine gerade Richterzahl und eine andere Rechtstradition, immer um von einer breiten Mehrheit getragene, oft ohne sichtbare Gegenstimme ergehende Entscheidungen bemüht. In jüngster Zeit ist der Kontrast noch krasser geworden: Während in den USA zunehmend ideologische Hardliner ernannt werden und das Ernennungsrecht zu einer politischen

Waffe geworden ist, setzt die deutsche Bundespolitik auf einen ganz großen Konsens: Traditionell werden die Senate paritätisch von Union und SPD ernannt, ein System, das trotz Einbeziehung von Grünen und FDP noch einigermaßen funktioniert. Aber auch jeder einzelne Richter stellt sich bislang größtenteils als unabhängiger Kopf dar, nicht als mit Robe bekleideter Politiker. Meist sind es profilierte Professoren.

Inzwischen aber ist offenbar geworden, dass auch das Bundesverfassungsgericht sich Fragen an seiner Struktur gefallen lassen muss. Allzu normal ist es geworden, dass Politiker unvermittelt nach Karlsruhe wechseln. Der saarländische Ministerpräsident Müller und der CDU-Bundestagsabgeordnete Harbarth sind die berüchtigtsten Beispiele. Dass die Große Koalition auch versucht hat, die „harten" fachlichen Kriterien für Bundesrichter generell aufzuweichen, ist ebenfalls bedenklich. Auch deshalb, weil sechs von 16 Verfassungsrichtern aus dem Kreise der Bundesrichter ernannt werden müssen. Die Antwort hierauf muss lauten, Interessenskonflikte gar nicht erst aufkommen zu lassen. Karenzzeiten für einen Wechsel an das Bundesverfassungsgericht sollten verpflichtend eingeführt werden, wie die Jungen Liberalen in NRW und im Bund schon fordern. Die nächste Bundesregierung muss sich auch dafür einsetzen, dass die Bundesrichter nicht mehr alleine in einem politischen Gremium – dem Richterwahlausschuss – ausgeklüngelt werden, sondern Elemente der richterlichen Selbstverwaltung gestärkt und die Transparenz des Verfahrens erhöht wird. Auch in Nordrhein-Westfalen sollten die Möglichkeiten richterlicher Mitbestimmung vergrößert und der Einfluss der Politik auf die Besetzung insbesondere von Präsidentenstellen an den Landesgerichten reduziert werden.

Daneben bedarf es einer Besinnung der bereits ernannten Richter. Wie die Verfassungsrichter selbst in Entscheidungen über Urteile der Fachgerichte urteilen, setzt der Ausschluss von der Entscheidungsfindung nicht tatsächliche Befangenheit voraus. Ein Richter darf schon dann wegen Besorgnis (!) der Befangenheit abgelehnt werden, wenn der böse Anschein besteht, er könne nicht objektiv und unparteiisch urteilen. Einlassungen in der Presse sollten daher möglichst unterlassen werden, zumindest wenn es um aktuelle Streitfragen geht. Ein Verfassungsgerichtspräsident, der bei einem Treffen mit der Bundesregierung kurz vor einer Entscheidung über die Corona-Notmaßnahmen ebenjene auf die Tagesordnung setzt, setzt sich einem solchen bösen Anschein aus. Vielleicht ist es eben doch eine etwas naive Annahme, Berufspolitiker könnten ihre frühere Identität einfach so vergessen, sobald sie gewählt sind. Damit riskiert das Gericht, dass es seine bislang äußerst hohe Zustimmungsrate in der Bevölkerung verspielt und als Spielball der Politik wahrgenommen wird. Ein Verfassungsgericht hat keine Truppen. Es lebt von seiner Autorität. Diese beruht auf Fachlichkeit, Unabhängigkeit und Integrität – und dem Vertrauen auf diese Werte. Bereits der böse Anschein schadet. Das Bundesverfassungsgericht ist in den letzten 70 Jahren zu einem Eckpfeiler unseres Rechtsstaats geworden. Sorgen wir dafür, dass dies auch in der Zukunft so bleibt!

Marc Bauer (26) ist Volljurist und Mitglied des Bundesvorstandes. Ihr erreicht ihn unter **marc.bauer@julis.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com/sebra

Conny Besser, 25, Leverkusen

Meine Aufgabe im Landesvorstand:
Ich unterstütze vor allem den Bereich Organisation.
Was ich außer den JuLis so mache:
Ich arbeite für ein IT-Start-up, lese gerne, spiele Videospiele und genieße gutes Essen.
Sonstige/vorherige Ämter bei den JuLis: Aktuell bin ich Kreisvorsitzende der JuLis Leverkusen & Stellvertreterin für Organisationen im Bezirk Köln/Bonn.
Herzensthema: Mein persönliches Herzensthema ist die Außenpolitik. Ein Blick in andere Länder zeigt mir immer wieder aufs Neue, wie wichtig es ist, für den Liberalismus einzustehen.
Das bringt mich auf LaKos so richtig zum Kochen: Überlange Grußwörter ;)
Darum sind die JuLis der beste Jugendverband der Welt: Wir haben die besten programmatischen Debatten und egal, wie hitzig wir diskutieren, am Ende des Tages schätzen wir immer die Meinung eines jeden Einzelnen.
Das nervt mich an der FDP: Veränderungen in und für die FDP sind oftmals langsamer, als ich es mir wünschen würde.
Mein Lieblingszitat: „Make each day your masterpiece."
Mein Lieblingsbuch: Ich könnte mich nie auf ein Lieblingsbuch festlegen, aktuell lese ich erneut Enders Game.
Mein Lieblingspolitiker/meine Lieblingspolitikerin: Audrey Tang, die Digitalministerin Taiwans
Da bin ich anderer Meinung als viele JuLis: Ich bin gegen die Entkriminalisierung aller Drogen.
Lieblingsessen: Curry, in jeglicher Form – ob Indisch oder Thai, grün oder rot, ich liebe sie alle.
Darüber reden wir zu viel: Es gibt kein inhaltliches Thema, über das zu viel geredet werden kann.
Darüber reden wir zu wenig: Der Liberalismus bildet den Grundpfeiler unserer Demokratie. Er ist mehr als ein Gefühlt – er ist unsere Lebensgrundlage. Darüber sollen wir mehr reden.

STECKBRIEFE NEUER VORSTAND

Leo Knauf, 19, Bielefeld

Meine Aufgabe im Landesvorstand:
Wahlkampf, Presse und kommunalpolitische Vernetzung der Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen
Was ich außer den JuLis so mache:
Lehramtsstudium, Kommunalpolitik im Stadtrat
Sonstige/vorherige Ämter bei den JuLis: Kreisvorsitzender in Bielefeld
Herzensthema: Abschaffung der Bezirksregierungen, Schulfreiheit
Das bringt mich auf LaKos so richtig zum Kochen: Doppelmoral
Darum sind die JuLis der beste Jugendverband der Welt:
Die drei „P"s: Prinzipien, Programmatik, Party
Das nervt mich an der FDP: Verkrustete Strukturen & Staatsgläubigkeit
Mein Lieblingszitat: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.
Mein Lieblingsbuch: Illuminati von Dan Brown
Da bin ich anderer Meinung als viele JuLis: Ich bin strikt gegen Bildungszentralismus.
Lieblingsessen: Spaghetti Carbonara
Darüber reden wir zu viel: Es gibt kein Thema, über das man nicht noch mehr reden kann.
Darüber reden wir zu wenig: Staatliche Aufgabenkritik

Daniel Schirm, 22, Solingen

Meine Aufgabe im Landesvorstand: Programmatik
Was ich außer den JuLis so mache: Spiele Handball und bin Schiedsrichter, Lesen, Zocken, Schalke-Fan
Sonstige/vorherige Ämter bei den JuLis: Kreisvorsitzender und bis vor Kurzem Bezirksprogrammatiker
Herzensthema: Bildung
Das bringt mich auf LaKos so richtig zum Kochen: Ständige Wiederholung von Debatten (sollten Lehrer nicht vielleicht doch verbeamtet werden?)
Darum sind die JuLis der beste Jugendverband der Welt: Wir stecken niemanden in Schubladen.
Das nervt mich an der FDP: Die Modernisierung der Partei ist noch nicht wirklich vor Ort angekommen.
Mein Lieblingszitat: Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig. – Seneca
Mein Lieblingsbuch: Die Säulen der Erde (Ken Follett)
Mein Lieblingspolitiker/meine Lieblingspolitikerin: Barack Obama
Da bin ich anderer Meinung als viele JuLis: Es sollten nicht alle Drogen legalisiert werden.
Lieblingsessen: Rinderrouladen
Darüber reden wir zu viel: Verbeamtung von Lehrern
Darüber reden wir zu wenig: Gesundheit und Pflege

04

PRO

KÖNNEN WIR EINEN MINDESTLOHN MITTRAGEN?

Das Pro vs. Contra

ARBEIT MUSS SICH WIEDER LOHNEN

Dieser legendäre Wahlplakat-Spruch von Guido Westerwelle ist so aktuell wie nie. Wenn sich die Einkommen von Menschen im Niedriglohnsektor nur noch unwesentlich vom Hartz-IV-Satz unterscheiden, kehren wir ab vom liberalen Verständnis des Leistungsgedankens. Zugegeben, auf den ersten Blick jauchzt mein liberales Herz auch nicht bei dem Gedanken an einen verpflichtenden Mindestlohn, aber ich will versuchen aufzuzeigen, dass es doch gute Argumente dafür gibt.

Zuerst möchte ich uns allen ein wenig die Angst vor den 12 € Mindestlohn nehmen. Die unabhängige Mindestlohnkommission, ein Gremium, das die Auswirkungen sowie die angemessene Höhe des Mindestlohns laufend unter wissenschaftlicher Beobachtung betreut, hat eine Erhöhung auf 12 € anberaumt, dazu wäre es wohl also so oder so gekommen, und vor allem scheint die Höhe gründlich evaluiert.

Als Liberale sind wir ja im Regelfall der Meinung, dass der Staat sich aus den meisten Angelegenheiten am besten schön raushält. Jetzt kann man einerseits sagen: „Dann hat er sich natürlich auch bei den Löhnen rauszuhalten.“ Wollen wir aber nicht auch, dass der Staat möglichst wenig Menschen in der Sicherung ihrer Existenz unterstützen muss? Sollten wir nicht also an dieser Stelle noch mal überdenken, ob nicht vielleicht wichtiger ist, dass die Unternehmen für Einkommen sorgen, die spätere Eingriffe des Staates verhindern können?

„DANN HAT ER SICH NATÜRLICH AUCH BEI DEN LÖHNEN RAUSZUHALTEN“

Eine Studie aus den USA von Arindrajit Dube, „Impacts of minimum wages: review of the international evidence“, zeigt, dass die Erhöhung des Mindestlohns nicht immer den in der Theorie gefürchteten negativen Effekt auf die Beschäftigung haben muss. Dieser wird von Liberalen oft als Gegenargument angeführt und gilt natürlich auch dringend vermieden zu werden, aber an dieser Stelle haben natürlich vielfältige Variablen Einfluss. Mir scheint die Erhöhung auf 12 € noch so im Rahmen, dass ein negativer Einfluss auf Beschäftigung abwendbar ist.

Wer heute zu niedrigen Löhnen arbeitet, wird außerdem ein noch größeres Problem mit der Rente haben als alle anderen. Natürlich sind wir Befürworter:innen der zusätzlichen privaten Altersvorsorge, aber diese muss man sich ja auch erst einmal leisten können.

Vielleicht gehen Arbeitnehmende ja auch produktiver an die Arbeit, wenn sie den Lohn dafür als angemessen und würdevoll erachten. Bei diesem Argument handelt es sich mehr um etwas, das ich aus Auflistungen der Gewerkschaften entnommen habe, als um etwas, das ich wirklich glaube. Dennoch möchte ich es euch als Denkanstoß mit auf den Weg geben.

Die Libertären und Fans von Adam Smith werden diese Argumente vermutlich nicht vollends überzeugt haben. Ich denke aber, dass sie zeigen, dass es durchaus Punkte gibt, die auch für uns in Ordnung sein können und mit denen wir das Thema, sollte es zur Ampel im Bund kommen, auch nach außen würdevoll vertreten können.

Sina (20) studiert Philosophy, Politics and Economics an der HHU und sitzt dort für die LHG im Studierendenparlament, da gilt sie als Bollwerk gegen Links, bei den JuLis dagegen gilt sie als eher links. Ihr erreicht sie unter **sina.behrend@julis.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com/Goodpics

CON

EIN UNSOZIALER EINGRIFF IN DIE PREISBILDUNG – ODER WARUM DER MINDESTLOHN GERADE GERINGVERDIENERN SCHADET

Ein großes Klischee – Liberale sind gegen den Mindestlohn, weil sie den armen Arbeitern kein besseres Leben gönnen und nur wieder den bösen Unternehmern mehr Profite bescheren wollen. Gut, dass man mit solchen Märchen keinen Blumentopf und erst recht keine Wahlen mehr gewinnt. Denn bald hat hierzulande die Inflation schon mehr Prozentpunkte als die Linkspartei. Aber bei aller berechtigten Freude einer liberalen Regierungsbeteiligung und vielen wichtigen Forderungen, die die FDP bereits in den Verhandlungen durchsetzen konnte, ist auch eine bittere Pille dabei – der Mindestlohn von 12 €. Der Mindestlohn wurde in Deutschland bisher als unproblematisch wahrgenommen, doch mit seiner politischen Festlegung könnten die negativen Auswirkungen sich bald bemerkbar machen.

Ein Eingriff in die Preisbildung

Die volkswirtschaftlichen Basics zuerst. Der Mindestlohn ist ein Eingriff in die Preisbildung. Auf dem Arbeitsmarkt existiert genauso eine Preisbildung aus Angebot und Nachfrage wie auf anderen Märkten und dieser Preis ist eben der Lohn. Mit einem Mindestlohn greift der Staat hier ein und setzt einen Mindestpreis gesetzlich fest. Das hat ein zentrales Problem zur Folge, denn dadurch wird die Informationsfunktion des Preises ausgeschaltet und diese ist ganz wesentlich, damit die dezentrale Verteilung von knappen Ressourcen überhaupt gelingt. Keynesianer mögen behaupten, dass der Arbeitsmarkt kein Markt wie jeder andere sei, aber die Beweise dafür sind aus volkswirtschaftlicher Sicht dafür nicht hinreichend. Der Mindestlohn ist also ein Tabubruch innerhalb der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft. Denn der Staat soll Rahmengeber sein und nicht die Preise diktieren.

Schwere Last für kleine Unternehmen

Der Mindestlohn war in den letzten Jahren vor allem aber deswegen eher unauffällig, weil er durch eine ökonomische Expertenkommission festgelegt und entsprechend der jährlichen Teuerungsrate angepasst wurde. Er lag damit faktisch deutlich unter dem durchschnittlichen Lohnniveau und betraf somit nur einen sehr kleinen Teil des Arbeitsmarktes, der durch die vielen Ausnahmen auch nur wiederum teilweise betroffen war. Ein politisch festgelegter Mindestlohn öffnet nun Tür und Tor für Populismus und gefährliche legislative Eingriffe in die Preisbildung. Ein Mindestlohn stellt damit gerade für kleine Unternehmen eine große Last dar. Denn der größte Kostenpunkt für Unternehmen sind die Gehälter der Mitarbeiter. Und da die meisten Unternehmen gerade mal so den Break-Even-Point mit ihrer Profitmarge von 2–5 % erreichen, kann eine Anhebung des Mindestlohns dazu führen, dass aus einem profitablen Unternehmen eines wird, das Verluste macht. Deswegen sind es vor allem große Konzerne, wie Amazon, die eine Erhöhung des Mindestlohns fordern, weil diese Regulierung die kleinen und mittelständischen Unternehmen vom Markt drängt. Die Resultate eines politischen Mindestlohns sehen wir in den USA in Washington State, wo viele Gastronomieunternehmen aufgrund des Mindestlohns von 15 $ schließen mussten.

Gift für Geringverdiener und Jobeinsteiger

Die eigentliche Zielgruppe des Mindestlohns leidet tatsächlich unter seinen Effekten. Der Mindestlohn ist oft gut gemeint, aber er ist im besten Fall eine unnötige bürokratische Instanz, die Steuergelder frisst, und im schlimmsten Fall ein Eingriff in die Preisbildung, der Arbeitsplätze vernichtet. Deswegen sollten wir, sinngemäß nach Thomas Sowell, endlich Politik nach ihren Effekten und nicht nach ihren Intentionen bewerten. Denn sozial ist, was Arbeit schafft, und der Mindestlohn tut genau das Gegenteil.

Alexander Kobuss (23) studiert Geschichte und Sozialwissenschaften. Er ist Bezirksprogrammatiker der JuLis Köln/Bonn.

05 DAS INTERVIEW

MIT OLAF IN DER BEEK

Lange war Wirtschaftspolitik nicht so wichtig wie in Zeiten von Corona-Pandemie und Ampelregierung. Die perfekte Gelegenheit, einmal mit dem Liberalen Mittelstand und seinem Vorsitzenden Olaf in der Beek zu sprechen.

HALLO HERR IN DER BEEK, VIELE JULIS HABEN SICHERLICH SCHON EINMAL VON DEM LIBERALEN MITTELSTAND NRW GEHÖRT, ABER WAS DAS IST UND WAS SIE GENAU MACHEN, KÖNNEN WAHRSCHEINLICH DIE WENIGSTEN BEANTWORTEN – MÖGEN SIE UNS AUFKLÄREN?

Der Liberale Mittelstand NRW ist zunächst eine Vorfeld-Organisation der Freien Demokraten, die Selbstständigen und Unternehmern, aber auch allen an Mittelstandspolitik Interessierten offensteht. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen sind unter den Mitgliedern vielfältige Start-ups wie Mittelständler. Unsere Aufgabe ist es, auf den Punkt gebracht, Unternehmer an die FDP heranzuführen und aktuelle Politik zu begleiten – wie aktuell auch die Verhandlungen um eine Ampelregierung.

KOMMEN WIR DOCH AUF DIE AMPELREGIERUNG ZU SPRECHEN – GIBT ES FÜR DEN LIBERALEN MITTELSTAND NRW ROTE UND/ODER LEITENDE LINIEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER KOMMENDEN VIER JAHRE?

Die roten Linien sind klar: Keinesfalls dürfen Steuern angehoben und damit Unternehmen zusätzlich belastet werden. Anders ist es zum Beispiel beim Mindestlohn, der durch die unabhängige Mindestlohnkommission sowieso auf 12 € angehoben worden wäre – diese unabhängige Entscheidung, den Mindestlohn bald auf 12,03 € anzuheben, unterstützen wir. Eine weitere leitende Linie sind die Superabschreibungen für die Wirtschaft – ein echter Turbomotor für die Zeit nach der Pandemie. An dieses Projekt ist die Frage geknüpft, ob wir es schaffen, maßgebliche private Investitionen in die Digitalisierung und den Klimaschutz zu ermöglichen.

AB VON BUNDESPOLITIK, HIN ZUR LANDESPOLITIK: DIE JULIS NRW HABEN KLARE FORDERUNGEN AN HENDRIK WÜST ALS NÄCHSTEN MINISTERPRÄSIDENTEN IN NRW, WIE ZUM BEISPIEL DIE SENKUNG DER GRUNDERWERBSTEUER – GIBT ES ÄHNLICHE FORDERUNGEN VON IHNEN?

Zunächst schließen wir uns dieser Forderung der Jungen Liberalen NRW natürlich an. Dies ist aber keine rote Linie des Liberalen Mittelstandes NRW: Wir befinden uns derzeit in einer Phase der Landesregierung, in der schon ganz viel für Nordrhein-Westfalen passiert ist, was Digitalisierung und Entfesselungspakete angeht. Wir sind sehr optimistisch, dass die Landesregierung diesen erfolgreichen Weg weitergehen wird.

ZURÜCK ZUM LIBERALEN MITTELSTAND NRW. WIE SIEHT ES EIGENTLICH AUS FÜR DIE VIELEN JUNGEN JULIS? IST DER LIBERALE MITTELSTAND AUCH ETWAS FÜR UNS?

Jeder junge Mensch, der an Mittelstandspolitik interessiert ist, ist herzlich eingeladen, Mitglied bei uns zu werden – für Studenten gibt es sogar einen vergünstigten Mitgliedsbeitrag. Den Mitgliedern steht dann der Weg offen, sich mit den zahlreichen Unternehmen zu vernetzen.

GERADE BEI DEN JULIS GIBT ES VIELE, DIE AM UNTERNEHMERTUM INTERESSIERT SIND. WIE SIEHT DIESE VERNETZUNG AUS UND WAS KANN MAN SICH UNTERNEHMERISCH VOM LIBERALEN MITTELSTAND NRW VERSPRECHEN?

In Nordrhein-Westfalen gibt es sieben Regionaltruppen, die sich regelmäßig zu Unternehmerfrühstücken treffen und sich dort untereinander vernetzen. Die Themen hierbei sind sehr vielfältig, sie reichen von unternehmerischen Tipps für die sozialen Medien bis zur Diskussion von LinkedIn. Dieser offene Aus-

Bildnachweis: stock.adobe.com/hkama

tausch ist gerade für junge Leute interessant, denn bei diesen Zusammentreffen kann man sich oft auch Tipps von erfahrenen Unternehmern einholen.

ABER DER LIBERALE MITTELSTAND DIENT JA NICHT NUR ZUM MITTELSTÄNDISCHEN AUSTAUSCH, SONDERN AUCH ZUR PROGRAMMATISCHEN ARBEIT INNERHALB DER FDP – WIE SIEHT DIESE AUS?

Zunächst wirkt der Liberale Mittelstand natürlich durch seinen ständigen Sitz im Bundesfachausschuss Wirtschaft, ebenso durch seinen Sitz im Landes- und Bundesvorstand. Aber wir haben auch viele Abgeordnete in den Parlamenten, die Mitglied bei uns sind und unsere Ideen direkt in die Fraktionen tragen. So konnte der Liberale Mittelstand auch die Beratungen innerhalb der FDP zu den Ampel-Sondierungen konstruktiv begleiten.

UND FÜR DIE GROSSEN FRAGEN DES KOMMENDEN JAHRZEHNTS – WAS SIND DIE VISIONEN DES LIBERALEN MITTELSTANDS?

Diese Frage würde ich gerne in zwei Ebenen teilen. Zuerst ist da die große Vision für Deutschland: Wir, also Freie Demokraten und Liberaler Mittelstand, müssen der Wächter für die soziale Marktwirtschaft in Deutschland sein und natürlich ist eine soziale Marktwirtschaft heute auch eine ökologisch-nachhaltige. Es darf keinen Systemwechsel hier und in Europa geben. Freihandel, Wettbewerb und Marktwirtschaft sind die Säulen der Zukunft.
Die zweite Ebene ist die des Liberalen Mittelstandes. Hierbei haben wir ein Leitbild des Liberalen Unternehmers geschrieben. Dieser ist für uns leistungsorientiert, zukunftsfähig, sozial-respektvoll und innovativ-mutig. Dieses der Zukunft Zugewandte wollen wir verstärkt nach außen tragen.

DAS LEITBILD DES LIBERALEN UNTERNEHMERS IST HEUTE SICHERLICH NOCH WENIG VERBREITET. WIE GELINGT UNS DAS?

Indem wir darüber reden und Fakten verbreiten, die für dieses Bild sprechen. Gerade eine Ampel-Koalition bietet uns die Möglichkeit, in der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, dass auch der liberale Unternehmer ein großes Interesse an gesellschaftlichem Miteinander hat. Langfristig wollen wir das für die FDP sein, was die Mittelstandsvereinigung für die Union ist.

WAS MUSS DENN NOCH PASSIEREN, DAMIT DIES DER FALL IST?

Der nächste große Schritt ist die konsequente Professionalisierung unserer Strukturen. In so gut wie allen Landesverbänden erfolgt die Arbeit ausschließlich ehrenamtlich. Bei einer Regierungsbeteiligung wird die Rolle des Liberalen Mittelstandes jedoch noch zunehmen, sodass wir weiter wachsen und daher den Schritt der Professionalisierung gehen müssen. Aber auch derzeit ist unsere Lage schon sehr zufriedenstellend: Alleine in Nordrhein-Westfalen haben wir über 250 Unternehmen, die bei uns Mitglied sind.

HERR IN DER BEEK, ABSCHLIESSEND NOCH EINE FRAGE, DIE DIE JULIS SICHERLICH ABSEITS DES LIBERALEN MITTELSTANDS SEHR INTERESSIERT. HABEN SIE EINE LIEBLINGSANEKDOTE AUS IHRER ZEIT IM BUNDESTAG?

Meine Lieblingsanekdote ist: Wie kam Olaf in der Beek zu seinem ersten Faxgerät? Als ich 2017 in den Bundestag einzog, brauchten wir für die hausinterne Kommunikation ein Faxgerät. Also schrieb ich eine E-Mail an die Bundestagsverwaltung mit der Bitte, mir ein Faxgerät zur Verfügung zu stellen. Diese antwortete, ich müsste per Fax einen Antrag auf ein Faxgerät stellen. Da ich aber keins hatte, was ja die eigentliche Angelegenheit war, musste ich aus dem Büro einer Kollegin der Linken ein Fax schicken – kam dafür aber an mein Faxgerät.

HERRLICH, GELEBTE SOLIDARITÄT. HABEN SIE VIELEN DANK FÜR DAS GESPRÄCH.

ABZUG AUS AFGHANISTAN 06

Über den Sommer haben uns die Bilder aus Afghanistan in Atem gehalten. Dabei sind uns vor allem folgende Fragen im Kopf geblieben:

Wie kann es sein, dass die europäischen Streitkräfte auf die Hilfe der Amerikaner angewiesen sind, um einen Flughafen zu sichern? Warum sind Afghanistan und vor allem Kabul innerhalb so kurzer Zeit gefallen, obwohl eine der zentralen Aufgaben war, die Sicherheitskräfte vor Ort auszubilden?

In den Medien konnten wir die Antworten leider nicht finden. Hier wurde vor allem die Frage diskutiert, wer für dieses Desaster verantwortlich ist. So schoben sich Außen-, Verteidigungs- und Innenministerium die Fehler gegenseitig zu. Kurzfristig geht es vor allem darum, der afghanischen Bevölkerung mit humanitärer Hilfe beiseitezustehen. Dies bedeutet zum einen humanitäre Hilfe vor Ort, aber auch, die Gespräche mit Nachbarstaaten zu suchen, um Flüchtende nicht auf die lange Reise nach Europa zu zwingen, sondern auch Hilfen in Nachbarländern zu schaffen. Dabei sehen wir hier vor allem eine geschlossene EU in der Pflicht, denn ein Europa, das gemeinsam mit einer Stimme spricht und zusammen an einer Lösung arbeitet, ist stärker als 27 einzelne Länder.

Mittelfristig ist es trotzdem wichtig, Lehren und Konsequenzen aus dem Einsatz zu ziehen, da diese Erkenntnisse lehrreich für laufende und zukünftige Auslandseinsätze sein können. So fragen wir uns, wie es sein kann, dass andere Länder wie Frankreich bereits im Mai damit angefangen haben, ihre Ortskräfte auszufliegen, die deutsche Bundesregierung jedoch so lange gewartet hat, bis es fast unmöglich war, noch alle Ortskräfte, welche sich noch in Afghanistan befunden haben, zu evakuieren. In unseren Augen haben alle Personen, welche die Bundeswehr vor Ort unterstützt haben, wie z. B. mit Übersetzungsaufgaben, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland verdient. So konnte unsere Bundeswehr viele Aufgaben vor Ort nur mithilfe sogenannter Ortskräfte erledigen.
Langfristig sollte zudem auch die Frage gelöst werden, wie wir unsere Soldaten in Auslandseinsätzen bestmöglich beschützen können. Dies bedeutet zum einen auch eine klare Haltung zu Themen wie unbemannten und bewaffneten Drohnen, welche Soldaten vor Ort unterstützen könnten. Jedoch ist es in unserer Meinung zum anderen auch wichtig, sich mit Fragen, welche mit hoher Wahrscheinlichkeit auftreten werden, bereits frühzeitig zu beschäftigen.

So sollte eine FDP-Fraktion in eine mögliche Koalition eintreten, Themen wie KI-gestützte Waffensysteme auf die Tagesordnung setzen und sich frühzeitig mit solchen Fragen beschäftigen. Dies sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten, die täglich ihr Leben für unser Land riskieren, schuldig.

Daniel (30) und **Moritz (26)** kommen aus Mönchengladbach. Ihr erreicht sie unter **Moritz.mittendorf@julis.de** oder **dawin1990@gmail.com**

Bildnachweis: stock.adobe.com/kœhler

SIE BENÖTIGEN EINE NEUE WEBSTE FÜR ...

... IHREN VERBAND?
... IHREN KANDIDATEN?

BEISPIELE UNTER WWW.FDPWEBSERVER.DE

thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten u.v.m. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Website!

Ihr Shop für Junge Liberale Werbemittel

BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Steinstr.14 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Zum Schluss ging es ganz schnell: Gegen 18:20 Uhr Ortszeit am Donnerstag, den 26. August 2021 hob die letzte Maschine der Bundeswehr in der afghanischen Hauptstadt Kabul ab. Der Moment markierte nicht nur das Ende einer dramatischen zweiwöchigen Evakuierungsmission, sondern auch den finalen Akt des 20 Jahre währenden militärischen Einsatzes der Bundesrepublik Deutschland am Hindukusch mit 59 Gefallenen. Zeit für eine Bilanz.

Bildnachweis: stock.adobe.com/kœhler

Am Ende sieht man, was am Anfang fehlt.
Wer den hektischen Rückzug verstehen will, muss zum Anfang zurückkehren. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Welt erschüttert und in der Folge verändert. Die USA werteten die Attacke zu Recht als direkten Angriff gegen sich, der erste auf amerikanischem Boden seit Pearl Harbour 1942. Die Geschehnisse lösten den sogenannten NATO-Bündnisfall aus: Wird ein Mitglied des Militärbündnisses angegriffen, ist dies als Angriff auf alle Mitglieder zu werten. Der Startschuss für eine internationale Militäroperation, die 20 Jahre andauern sollte, fiel. Unter Führung der USA holte man zum militärischen Gegenschlag aus, der „Krieg gegen Terror" begann. Erstes Ziel: Afghanistan, ein bis dato (zu) wenig beachteter Binnenstaat in Zentralasien. Mit unerbittlicher Härte regierten dort seit Jahren die Taliban, eine islamistische Gruppierung mit Wurzeln in der paschtunischen Bevölkerung der Region. Die Taliban waren es, die Osama bin Laden und der Terrororganisation Al-Qaida bereitwillig Rückzugs- und Operationsräume ließen. Angesichts der harten Fakten – Ausrüstung, Manpower, finanzielle Ressourcen – könnte man meinen, dass die Sache binnen weniger Monate hätte entschieden sein müssen. Eine Fehleinschätzung. Ein viel zitierter Spruch der Talibankämpfer lautet: Die Amerikaner haben die Uhren, wir haben die Zeit.
Es entwickelte sich ein zermürbendes und tödliches Katz-und-Maus-Spiel, das die alliierten Kräfte nicht final gewinnen konnten. Da war bis zuletzt die Uneinigkeit der Bündnispartner, was genau denn eigentlich das Ziel des Afghanistan-Einsatzes sei. Während sich insbesondere Deutschland darauf verlegte, nachhaltig demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen zu etablieren, war die oberste Priorität der USA und auch Großbritanniens im Kern die Zerschlagung terroristischer Netzwerke und Rückzugsorte. Demokratieaufbauhilfe einerseits, military first andererseits – ein Zielkonflikt, der bis zuletzt nicht dazu beigetragen hat, dass man mit einer einheitlichen Strategie für Afghanistan punkten konnte. Aus deutscher Sicht war über die gesamte Dauer des Einsatzes zudem das Fremdeln der eigenen Bevölkerung mit der Bundeswehr spürbar. Es ist eine durchaus begrüßenswerte Haltung, militärischer Gewalt mit einer gesunden Portion Skepsis zu begegnen, gerade in Deutschland. Doch obwohl der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit dem Satz, die Freiheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt, versuchte, den Einsatz auf eine griffige Formel herunterzubrechen, fehlte in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft die klare Rückendeckung für die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan kämpften und starben. Und schließlich drittens eine rückblickend grobe Fehleinschätzung, wie attraktiv das „Exportprodukt" Demokratie auf der einen Seite und der Wille, von außen eingesetzte Strukturen zu verteidigen, auf der anderen Seite waren.

Nimmt man alles zusammen, entsteht eine explosive Mischung: außenpolitische Uneinigkeit in der Zielsetzung, innenpolitisch eine höchst stiefmütterliche Betrachtung des Bundeswehreinsatzes und vor Ort eine soziopolitische Gemengelage, die nur wenig Anlass zu Optimismus gab. Dieser Mix konnte nur einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen.

TRIUMPHZUG DER TALIBAN

Nach dem Wahlzirkus in den USA legte sich das Weiße Haus im Frühjahr 2021 darauf fest, den Truppenabzug bis zum 11. September 2021 abzuschließen. Die verbliebenen Alliierten schlossen sich dieser

AFGHANISTAN – SCHEITERN MIT ANSAGE?

Zielsetzung an. Im April unterrichtete Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer die Bundestagsfraktionen darüber, dass die Bundeswehr Afghanistan bis Mitte August 2021 ganz verlassen könnte. Bereits im April und Mai mehrten sich Warnungen, wonach die Taliban in allen Regionen des Landes auf dem Vormarsch seien. Niemand, auch nicht die Bundeswehr oder die politisch Verantwortlichen, konnte sich zu einer Kurskorrektur durchringen. Im Gegenteil: Man hatte den Eindruck, dass es gerade den Deutschen mitunter nicht schnell genug gehen konnte mit dem Abzug und dem berühmten „Schwamm drüber". Trauriger Höhepunkt: Nicht ein einziger Vertreter der Bundesregierung begrüßte die letzten heimgekehrten Soldatinnen und Soldaten im Juli. Der Konflikt in Afghanistan nahm indes immer weiter Fahrt auf: Nahezu widerstandslos eroberten die Taliban Provinz um Provinz, Stadt um Stadt. Immer mehr Menschen flüchteten in die Hauptstadt Kabul, insbesondere ehemalige Ortskräfte, die für die Alliierten gearbeitet hatten. Der Rest ist traurige Geschichte in Echtzeit: In aller Hektik entsandten die USA, Deutschland und andere Staaten Spezialkräfte, denen es gelang, zumindest den Flughafen zu sichern. Am Ende war der Westen vom Goodwill der Taliban abhängig, wenigstens noch einige Tausend Menschen ausfliegen zu dürfen. Eine Schmach und eine Lektion, aus der Konsequenzen gezogen werden müssen: Außen- und sicherheitspolitisch sollte Deutschland seiner Verantwortung wieder gerechter werden. Statt sich bei jeder Gelegenheit hinter dem breiten Rücken der USA zu verstecken, braucht es klare politische Leitlinien der EU. Eine integrierte Europäische Armee könnte dazu einen Beitrag leisten. Innenpolitisch muss Deutschland spätestens jetzt erwachsen werden. Es gibt einen Mittelweg zwischen gefährlichem Militarismus und naivem Pazifismus: Die Angehörigen der Truppe sind „Staatsbürger in Uniform" mit klaren Regeln, mandatiert vom Parlament. Das sind gute, demokratische Voraussetzungen, um eine verlässlichere Rolle als Partner in der Welt einzunehmen. Dazu müssen wir jedoch unser gestörtes Verhältnis zu, ganz bewusst, unserer Bundeswehr klären – nicht naiv, sondern selbstbewusst und aufgeklärt. Zu guter Letzt: Die unheilvolle Dynamik der letzten Monate in Afghanistan ist auch begünstigt worden durch den im Schnitt geringen Widerstand der Bevölkerung sowie der einheimischen Sicherheitskräfte. Es bleibt festzuhalten, dass nachhaltige Veränderung letztlich nur aus Gesellschaften selbst heraus stattfinden kann. Das schließt Hilfestellung nicht aus, relativiert aber die Erwartungen an externe Unterstützung.

WAS BLEIBT IN AFGHANISTAN?

Nichtsdestotrotz endet diese ernüchternde Bilanz mit einer Prise Zuversicht: Die Gedanken sind frei – auch die der jungen afghanischen Generation, die in relativer Freiheit aufwachsen konnte. Sie hatten die Möglichkeit, regelmäßig zur Schule zu gehen, höhere Bildungsabschlüsse zu erlangen, in Kontakt und Austausch mit anderen Kulturen und Ideen zu kommen und in verantwortungsvollen Positionen in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft Fuß zu fassen. Bleibt zu hoffen, dass sie mehr Ausdauer haben als andere.

Jakob Hager (30)
arbeitet als Referent
für Public Affairs.
Ihr erreicht ihn unter
kubaha1232@gmail.com

07

PRO

BRAUCHEN WIR EINE MEISTERPFLICHT?

Das Pro vs. Contra

DIE MEISTERPFLICHT IST DAS ERGEBNIS VON „TRIAL AND ERROR“

Eine theoretische Vorüberlegung

Marktwirtschaft ist ein mächtiger Begriff. Für uns JuLis ist der Begriff auch emotional aufgeladen: Wir sehen eine funktionierende Marktwirtschaft als notwendige Bedingung zur Verwirklichung politischer Freiheit.

Wie funktioniert also Marktwirtschaft? Unser wissenschaftliches Verständnis der Marktwirtschaft basiert auf den beiden Hauptsätzen der Wohlfahrtsökonomie. Beide wiederum setzen auf die Annahme eines vollkommenen Wettbewerbs. Sofort wird klar: Der vollkommene Wettbewerb ist eine theoretische Annahme, die es ermöglicht, wissenschaftliche Theorien zu entwickeln; allerdings kein geeigneter Ratgeber für staatliche Ordnungspolitik. Übersetzt man diese theoretischen Annahmen in eine staatliche Organisationsform, landet man bei der sozialen Marktwirtschaft. **Den Wettbewerb regulierende Maßnahmen sind mit unserer liberalen Wirtschaftsordnung prinzipiell also vereinbar.** Bei Marktzutrittsbeschränkungen wie der Meisterpflicht handelt es sich um solche Maßnahmen. Eine Antwort, ob diese gerechtfertigt sein kann, ist auf theoretischem Terrain nicht zu finden. Richten wir unseren Blick daher auf die Praxis.

Der Meister in der Praxis

Die Meisterprüfung stellt durch die Vernetzung verschiedenster Akteure die Beschäftigung mit den neuesten Produkten und Verfahren sicher. Der Meister trägt so dazu bei, Marktintransparenz zu bekämpfen, und spielt volkswirtschaftlich für einen gelingenden Markt eine wichtige Rolle. Der Meistertitel erfordert tiefgehende Bildung in Bezug auf Betriebsführung, rechtliche Fragen, Produktionsprozesse u.v.m. Die Ausbildung entwickelt sich dynamisch weiter. Titelinhaber geben praktisches Wissen durch das erfolgreiche duale Ausbildungssystem an die Auszubildenden weiter; wie es Berufsschulen z. B. wegen fehlender Ausstattung und veralteter Lehrpläne nicht können. In Gewerken ohne Meisterpflicht zeigt sich, dass Gesellen deutlich seltener ausbilden.

Der Meistertitel schafft als „großer Befähigungsnachweis“ also beste berufliche Bildung, Sicherheit für Kunden und sichert mit Ausbildungsplätzen die Zukunft des Handwerks. Wenn der Meister so attraktiv ist, sollten ihn rationale Marktteilnehmer nicht aus freien Stücken anstreben? Braucht es eine Meisterpflicht?

Meister ohne Pflicht – eine empirische Betrachtung

Dieser Überlegung folgend, schaffte die rot-grüne Bundesregierung 2004 die Meisterpflicht für 53 der 94 Gewerke ab. Eine Doktorarbeit aus dem letzten Jahr geht der Frage nach, welche Effekte diese Deregulierung hatte. Die Arbeit bestätigt alle oben aufgeführten Argumente. Hätte die Meisterpflicht tatsächlich als Marktzutrittsbeschränkung den Wettbewerb ausgehebelt, hätten nach deren Abschaffung die Löhne der Meister im sich verstärkenden Wettbewerb sinken müssen – stattdessen konnte eine Lohnsteigerung beobachtet werden, die auch mit dem beobachteten substanziellen Rückgang an ausgebildeten Meistern zusammenhängt. Zusätzlich führte die Deregulierung in den Folgejahren zu einem (auch im Vergleich zum allg. Rückgang) signifikanten Verlust an Ausbildungsplätzen. Die Abschaffung der Meisterpflicht für viele Gewerke war ein begrüßenswertes Experiment. **Die Frage, ob die Meisterpflicht zur Gewährleistung der obigen Argumente tatsächlich notwendig sei, wurde mit der 2018 erfolgten Rückabwicklung dieser Gesetzesinitiative beantwortet.** Wir beobachten hier das Prinzip von **„trial and error“** – ein zutiefst liberaler und marktwirtschaftlicher Mechanismus. Grau ist jedoch alle Theorie – in der Realität stellt sich die Frage „Meisterpflicht ja oder nein?“ nicht. In Deutschland ergibt sich ein differenziertes Bild: Es gibt Gewerke mit und ohne Meisterpflicht. Diese Realität bilden wir JuLis NRW mit dem Bekenntnis zur Meisterpflicht „in gefahrengeneigten Berufen“ bestens ab.

Paavo Czwikla (26) und **Marc Urmetzer (29).** Ihr erreicht sie unter **czwikla@julis.de** und **urmetzer@julis.de**

CON

Bildnachweis: stock.adobe.com/Lothar Drechsel

WETTBEWERB STATT ZWANG – WEG MIT DEM MEISTERZWANG!

Gewerbefreiheit ist eine schöne Sache. Wenn ich mich als Informatiker selbstständig machen will, mach ich das einfach. Ich brauche noch nicht mal einen Abschluss in Informatik – Hauptsache, ich habe Kunden, die bereit sind, für meine Leistung zu zahlen. Aber Gott bewahre, ich will jemandem die Haare schneiden. Der Meisterzwang diskriminiert all die, die sich aus eigner Kraft in einem Handwerk hocharbeiten wollen, verhindert Wettbewerb und ist eine unverhältnismäßige Einschränkung der Freiheit von Handwerkern und Kunden.

Was ist der Meisterzwang?

Der Meisterzwang ist eine Regelung, die besagt, dass man zur Führung eines handwerklichen Betriebs in einigen Bereichen einen Meistertitel braucht. So einen Meistertitel zu bekommen dauert, je nach Bereich, zwischen ein paar Monaten bis zwei Jahre und kostet in jedem Fall mehrere Tausend Euro. Der Meisterzwang gilt heute für 53 Handwerke, unter anderem für Friseure, Orgelbauer und Bäcker.

Seit wann gibt es den Meisterzwang?

Die Geschichte des Meisterzwangs in der Kurzfassung: Im Mittelalter gab's Gilden, die solche Marktzugangsbeschränkungen geregelt haben, 1810 hat Preußen die Gewerbefreiheit eingeführt, seit 1908 braucht man einen Meistertitel zum Ausbilden von Lehrlingen, 1935 haben die Nazis den Meisterzwang eingeführt, zwischen 1945 und 1953 gab's wieder Gewerbefreiheit und ab dann haben wir das Gesetz der Nazis wieder eingeführt. 2004 wurde der Meisterzwang für 53 Berufe abgeschafft und 2020 für 12 Berufe wieder eingeführt.

Die Qualitätsdiskussion

Ein Argument der Befürworter des Meisterzwangs ist, dass es auf dem Handwerksmarkt eine asymmetrische Informationsverteilung gibt. Einfach gesagt: Du hast keine Ahnung, ob der Handwerker, den du engagierst, überhaupt weiß, was er da macht. Erstens: Ich kann sehr wohl bewerten, ob mein Friseur mir die Haare ordentlich schneidet. Zweitens: Wir leben nicht mehr im Jahr 1980, sondern in 2021. Wenn ich wissen will, ob ein Handwerker was taugt, dann schau ich mir seine Bewertungen im Internet an. Noch nie konnten Kunden so informierte Kaufentscheidungen treffen wie heute. Und wenn ich wirklich auf Nummer sicher gehen will, suche ich mir einfach einen Handwerker, der einen Meister hat. Nur weil der Zwang weg ist, sind nicht automatisch alle Meisterbetriebe weg. Der Meister hat weiterhin seinen Platz in der deutschen Handwerksordnung – als Differenzierungsmöglichkeit für Handwerksbetriebe.

Die Wettbewerbsdiskussion

Ganz klar: Der Meisterzwang hemmt Wettbewerb. In den Handwerken, in denen 2004 der Meisterzwang abgeschafft wurde, gab es 2003 4.000 Gründungen. 2004 waren es dann 33.000. Viele der Neugründungen sind kleine Betriebe oder Soloselbstständige. Diese kleinen, flexiblen Betriebe haben eine ganz neue Dynamik in den Markt gebracht. Sicher sind von diesen Neugründungen auch viele wieder Pleite gegangen, aber das ist der Weg der Marktwirtschaft. Gute Unternehmen bestehen, schlechte Unternehmen vergehen. Andersrum: 2020 wurde die Meisterpflicht für 12 Handwerke wieder eingeführt. In diesen Berufen hat sich die Anzahl der Gründungen im Vergleich zum Vorjahr um 70 % reduziert. Corona hat damit nichts zu tun. Bei den Handwerken ohne Meisterzwang sind die Gründungen gestiegen, bei denen, bei denen der Meisterzwang vorher wie nachher galt, um 7 % gesunken. Das zeigt: Der Meisterzwang führt zu einem weniger kompetitiven Markt, zu Lasten der Konsumenten und der Unternehmen in diesem Markt.

Die Freiheitsdiskussion

Ganz ehrlich: Wir sind Liberale und stehen für den mündigen Bürger ein. Wenn ich will, dass eine Person meine Haare schneidet, meine Orgel baut oder meine Fliesen legt, ist es mein gutes Recht, auch diese Person zu engagieren. Zwingt mich ja keiner dazu, seine Leistung in Anspruch zu nehmen. Der Meisterzwang ist ein unverhältnismäßiger Einschnitt in die Freiheit – für Konsumenten und Handwerker.

Abschließende Gedanken

Nach 2004 hat sich der Anteil von Migranten im Handwerk wesentlich erhöht. Der Meisterzwang ist offensichtliche Diskriminierung schlechtergestellter Gruppen.
Gelebter Aufstieg ist, sich aus eigener Kraft selbstständig machen zu können und nicht Leute dazu zu zwingen, Tausende Euro für ein Zertifikat auszugeben.
Es ist mein Business, mit wem ich Business mache.

Ralf Keller ist Vorsitzender der JuLis OWL. Ihr erreicht ihn unter **ralfk@julis.de**

DIE GLOBALE UNGLEICHHEIT ZEIGT SICH IN DER IMPFSTOFFVERTEILUNG

Bildnachweis: stock.adobe.com/ guerrieroale

„Die ungleiche Impfstoff-Verteilung ist der beste Verbündete der Covid-19-Pandemie“, sagte UNO-Generalsekretär Antonio Guterres. Wenn der Virus weiterhin sich frei verbreitet, bilden sich schneller neue gefährliche Varianten. Daneben ist jede Verlängerung der Pandemie eine wirtschaftliche, aber vor allem eine humane Katastrophe.
Das Ziel der WHO war es, dass bis Ende September eine Impfquote von 10 % in allen Ländern erreicht wird, davon sind wir leider immer noch weit entfernt. Laut WHO liegt in lediglich 15 von 54 afrikanischen Ländern die Impfquote im Zielbereich. Die globale Ungleichheit zeigt sich nicht nur in der Impfstoffverteilung, sondern wird dadurch sogar massiv verstärkt.

COVAX, WER?

COVAX (Covid-19 Vaccines Global Access) ist eine globale Initiative zur gerechten Verteilung von Corona-Impfstoffen. Dem Programm fehlt allerdings, genauso wie der UN, die Schlagkraft, weil es – genau wie die UN – massiv unterfinanziert ist.
Wohlhabende Länder, wie z. B. Deutschland, haben bereits zugesagt, Vorräte an Impfdosen über COVAX an ärmere Länder zu spenden. Dennoch wurden laut UNICEF von den 1,3 Mrd. zugesagten Impfdosen nur 194 Mio. Dosen an COVAX weitergegeben.

NICHT NUR IMPFSTOFF WIRD GEBRAUCHT

Neben der Impfstoffbeschaffung ist auch der Transport, die Aufrechterhaltung der Kühlketten, die Schulungen des Personals sowie eine Aufklärarbeit rund um das Thema Impfen vonnöten.

Eine weitere Chance kann die dezentrale Produktion von Impfstoff sein. Das zentralisierte Modell funktioniert in einem gewissen Grad und die Geschichte lehrt uns, dass eine zentrale Lösung selten eine gute Idee war. Um die Weltbevölkerung beliefern zu können, brauchen wir Produktionsstätten vor Ort.
Indien z. B. betreibt seit den 80er-Jahren das Institut „Serum Institute of India“, in dem die immunologischen Produkte, besonders Impfstoffe, hergestellt werden. Etwas Ähnliches wäre z. B. in Afrika und Südamerika denkbar. Eine Chance entsteht auch durch Unternehmen, die ihre Produktion bereits global auslegen und so auch an Standorten wie in Indien produzieren. Das hat Astra Zeneca versucht, ja, das Unternehmen ist in die massive Kritik gekommen. Dennoch kann so automatisch ein gewisser Know-how-Transfer stattfinden. Das Know-how über Produktion von medizinischen Gütern ist somit eine der wichtigsten Maßnahmen.

Das Ziel muss es sein, die gesamte Menschheit in die Lage zu versetzen, die lebenswichtigen medizinischen Mittel selbst zu produzieren. Zunächst einmal in globaler Koordination, um minderwertige Produktionen zu vermeiden.

PATENTE ÖFFNEN?

Der Vorschlag kam von Südafrika und Indien, diese Länder kämpfen seit Jahrzehnten um eine Öffnung der internationalen Copyrights. Dieser Vorschlag wurde im Verlauf von den USA unterstützt. Einerseits besteht die Annahme, dass der Schutz der geistigen Eigentumsrechte einen Anreiz für die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen bietet und sich positiv auf die Produktion auswirkt. Dem gegenüber steht die Chance, dass alle Hersteller weltweit Impfstoff produzieren können, ohne Lizenzgebühren an die Unternehmen zu zahlen. Die Konsequenz wäre, dass es mehr Impfstoff auf dem Markt geben wird, und zu einem deutlich niedrigeren Preis. Wenn wir die Bekämpfung von HIV bedenken, hat die Aussetzung der Patente damals massiv zu einem internationalen Erfolg geführt. Versteht mich nicht falsch, unter normalen Umständen ist das Argument richtig, aber in einer Krise muss man nach jedem Strohhalm greifen. Es soll ein Moment einer weltweiten Zusammenarbeit sein. Die Entwicklung des Impfstoffes wurde zu sehr großen Teilen durch öffentliche Gelder finanziert, etwa 390 Mrd. weltweit. Wäre es dann nicht logisch, dass wir alle davon profitieren?

BLEIBT DIE GLOBALE SOLIDARITÄT EINE BLOSSE PAROLE?

Den fehlenden günstigen Lizenzen steht die geringe Motivation der europäischen Pharmaunternehmen gegenüber, Know-how in den Covid-19 Technology Access Pool

(C-TAP) der WHO beizusteuern. So verpasst die EU mal wieder einen wichtigen Hebel der Pandemiebekämpfung und stellt wieder unsere Weltpolitik-Fähigkeit infrage. Diese Lücke füllen Russland und China natürlich nur zu gern. „Wir haben einen wichtigen Meilenstein erreicht“, so Ursula von der Leyen. „Wir haben unsere Impfstoffe stets fair mit dem Rest der Welt geteilt.“ Aber war unser Handeln fair? Globale Solidarität wird leider häufig als ein Akt der Nächstenliebe, als sogenannter guter Wille verstanden. Der Virus kennt keine Grenzen – eine globale Pandemie, die so viele Menschenleben gekostet hat und deren Folgen wir alle, aber vor allem die Ärmsten unter uns noch jahrelang bitter spüren werden, sollte uns deutlich machen, dass ein gemeinsames Problem auch eine gemeinsame Antwort braucht.

Die gesamte Situation ist ein Weckruf für den Multilateralismus, dessen Skepsis in den aktuellen Tagen leider immer größer wird.

Laura Litzius ist Gesundheits- und Krankenpflegerin und Kreisvorsitzende der JuLis in Düsseldorf.

EIN „MODERNES“ VERSAMMLUNGSGESETZ

Schon immer wurde demonstriert, mussten sich die Mächtigen im Land anhören, welch fehlerhafte Politik sie betreiben und wo sie dringend den Kurs zu ändern haben – sei es Klimaschutz, sei es Pandemiebekämpfung. Im Jahre 2021 geriet jedoch die Versammlungsfreiheit selbst zum Gegenstand mehrerer Großdemonstrationen im Land. Die Landesregierung hatte den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes vorgestellt.

Dieser ist, dem Versprechen des Koalitionsvertrages zum Trotz, nämlich keineswegs modern – sofern man darunter die Verwirklichung einer liberalen Vorstellung von Staat und Gesellschaft und nicht bloß irgendein neues Gesetz versteht. Mit Ausnahme von Spontanversammlungen soll jede noch so kleine öffentliche Versammlung (dafür reichen zwei Personen, die „zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung“ zusammenkommen) unter freiem Himmel bei der Polizei angezeigt werden müssen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dürften an polizeilichen Kontrollstellen im Vorfeld der Versammlung durchsucht, ihre Identität festgestellt werden; laut Vorschrift zwecks Verhütung spezifischer Straftaten (wie Störung der Versammlung) – besondere Voraussetzungen für diese Maßnahme sieht der Gesetzesentwurf aber nicht vor. Findet die Versammlung schließlich statt, zeichnet die Polizei sie womöglich auf und speichert die Aufnahme. Wer auf einer Versammlung keine Reden hält, singt und klatscht, sondern einübt und durchspielt, wie eine künftige Demonstration blockiert werden kann („Probeblockaden“), beginge eine Ordnungswidrigkeit – ob jene künftige Demonstration tatsächlich blockiert wird, soll, wohlgemerkt, nicht relevant werden!

ERST DURCHSUCHEN, DANN DEMONSTRIEREN

Im Einzelfall gibt es überzeugende Gründe für derartige Maßnahmen – man stelle sich nur Großdemonstrationen vor, zu denen sich erfahrungsgemäß mit hoher Gewaltbereitschaft versammelt wird. Wie sieht es aber mit der kleinen Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus, die sich aus Unzufriedenheit über ihre Kommunalverwaltung vor dem städtischen Rathaus versammeln? Ist es tatsächlich unser modernes Verständnis des Verhältnisses der Bürgerinnen und Bürger zum Staat, wem

Bildnachweis: stock.adobe.com/Photocreatief

auch immer aus dieser Gruppe strafbewehrt aufzuerlegen, seine persönlichen Daten und (mindestens) das Interesse an einem konkreten, zumeist politischen, Thema der Polizei offenzulegen? Dass die Polizei Kontrollstellen vor Demonstrationen einrichtet – zwangsläufig mit einer gewissen, wenngleich kurzen Verzögerung des Zutritts zur Versammlung verbunden – und dort gegebenenfalls sogar Durchsuchungen vornimmt?

ERST DURCHSUCHEN, DANN DEMONSTRIEREN

Die Versammlungsfreiheit, so schrieb das Bundesverfassungsgericht 1985 pathetisch in seinem Brokdorf-Beschluss, „galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers“. Diesen liberalen Geist atmet der Entwurf nicht – im Gegenteil. Es überrascht nicht, dass dieser, mit Hürden und Restriktionen (die hier erwähnten sind nur eine Auswahl) gespickte Entwurf von CDU-Minister Herbert Reul und seinem Innenministerium betreut wird, vermittelt er doch unter anderem das Signal: Der Staat hat einen im Blick. Vor, bei und womöglich sogar nach der Demonstration – das kann abschrecken und einschüchtern. Aus liberaler Sicht sind mehr Differenzierung und deutlich höhere, eindeutige Schwellen für Maßnahmen erforderlich. Erfreulicherweise erfuhr der Entwurf dann nicht nur auf den Straßen Kritik, sondern auch FDP-Spitzenpolitikerinnen und -politiker auf Bundes- wie Landesebene distanzierten sich von ihm, sei es auf Twitter, im Interview oder Mitgliedermagazin; ebenso positionierte sich im Sommer unser JuLi-Landesvorstand mit einer klaren Haltung.

Wer nicht völlig isoliert von der Außenwelt lebt, wird gleichwohl wissen, dass die FDP im Landtag nicht auf der Oppositionsbank sitzt. Das ist gleichermaßen Kritik (in welchem Maße, bleibt mangels Einblickes in den regierungsinternen Entstehungsprozess des Entwurfs spekulativ – die Landesregierung beschließt mit Stimmenmehrheit Entwürfe, die von allen Regierungsmitgliedern zu vertreten sind) an Vergangenem wie auch Optimismus gen Zukunft: dass ein modernes Versammlungsgesetz den Landtag passiert oder – schließlich mag vorliegender Beitrag bei Erscheinen bereits überholt sein – passiert haben wird. Ein Versammlungsgesetz mit liberaler Handschrift.

Philipp Oberberg (23) studiert Rechtswissenschaft in Bonn. Ihr erreicht ihn unter **philippoberberg@gmail.com**

Geschenke, die die Welt verändern.

DRK-Spendenkonto
Deutsches Rotes Kreuz e.V.
IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07
BIC: BFSWDE33XXX

Deutsches
Rotes
Kreuz

KRITIK AN 2G?

Bieten bald „Geimpft“ oder „Genesen“ dem lang geschätzten Facebook-Status „kompliziert“ eine Konkurrenz? Selten wurden in letzter Zeit Grundrechte so stark debattiert, wie dies bei der Debatte um die 2G-Regel der Fall ist. Eine meiner Meinung nach nervenaufreibende Diskussion mit klarer Antwort.

Was wir bei der 2G- oder 3G-Debatte ganz klar sehen, ist eine Konkurrenz der Artikel 2 und 3 des Grundgesetzes. Artikel 2 besagt ein Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie eine uneingeschränkte Freiheit, in welche höchstens durch ein Gesetz eingegriffen werden darf. Artikel 3 des Grundgesetzes setzt alle Menschen gleich und versichert eine Gleichheit vor dem Gesetz. Weitergehend verbietet er Benachteiligungen oder Bevorzugungen, verursacht durch Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft sowie Glauben oder religiöse und politische Anschauung. Durch den Artikel 2 verpflichtet sich der Staat, seine Bürger zu schützen, jedoch zu welchem Preis? Darf die Freiheit einer Gruppierung zum Schutz einer anderen dermaßen eingeschränkt werden? Hier spiegelt sich der Konflikt wider. Man kann nicht singulär einen der beiden Artikel durchsetzen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Intensivstationen platzmäßig nicht rudimentär an der Grenze der Belastbarkeit und da liegt der entscheidende Punkt. Das 3G-Prinzip funktioniert. Man kann und darf niemals einem Supermarkt die legislative Gewalt geben und eine individuelle Entscheidung erlauben, ob Ungeimpfte dort einkaufen können. Ein Supermarkt ist zweckmäßig da, um Grundbedürfnisse zu befriedigen. Unverhältnismäßige Einschränkungen schaffen ist der falsche Weg!

CORONA-AUFLAGEN FÜR NICHT-GEIMPFTE

Meiner Meinung nach sind die Auflagen für Nicht-Geimpfte abzulehnen! Dabei liegt mein Hauptkritikpunkt bei der geringen Wahrscheinlichkeit, dass eine ungeimpfte Person eine geimpfte Person langfristig krank macht. Dieses Risiko ist deutlich kleiner als die Wahrscheinlichkeit des Selbstschadens. Hier müssen wir Eigenverantwortung großschreiben und an die Vernunft jedes Einzelnen appellieren. Wenn von negativ Getesteten keine Gefahr ausgeht, dann darf es ersichtlicherweise auch keine Beschränkung geben. Das Virus wird nie komplett verschwinden, wir müssen lernen, damit umzugehen. Wenn man mit höchstmöglicher Effizienz impfen möchte, muss dies möglich werden. Impfen könnte in Zukunft noch viel einfacher sein. Hier müssen wir kreativ werden. Wie können wir die Impfkampagne noch attraktiver gestalten? An Schulen Impfangebote zu schaffen und diese mit der Begründung „20 Schüler sind zu wenig, dies lohnt sich nicht“ im Endeffekt doch abzusagen, bringt nicht den gewünschten Effekt mit sich. Jede Impfung bringt uns voran. Allein die Debatte schädigt den Ruf der Impfstoffe nachhaltig und weckt Zweifel an der Qualität.
Wir müssen das Vertrauen der Bürger wecken und Unwissenheit den Kampf ansagen. Weitergehend muss eine Selbstverständlichkeit und kein Zwang entstehen. Dies komplettiert den Weg zur Herdenimmunität.

Bildnachweis: stock.adobe.com/curtbauer

„GEIMPFT“ ODER „GENESEN“ IN FORM EINES FACEBOOK-STATUS

Meiner persönlichen Erfahrung nach entwickelt diese Debatte auch privat ungewollte Züge. Die entscheidende Frage ist heute nicht mehr „Wie geht es dir?“, sondern „Bist du eigentlich geimpft?“. Antwortabhängig wird in beide Richtungen kategorisiert, geurteilt und gewertet. Dabei macht uns eine eigenverantwortlich getroffene Entscheidung nicht minderwertig. Freiheitsrechte sind ein nicht zur Debatte stehender Bestandteil unserer Verfassung. Einzuschränken aufgrund einer individuellen medizinischen Entscheidung ist ein klarer Eingriff in das Grundrecht. Lasst uns auch hier die Freiheit im Herzen tragen!

Dieser Text ist im Oktober 2021 geschrieben worden und entspricht damit nicht mehr zwingend der aktuellen pandemischen Lage.

Nele Köhler (17) macht zurzeit ihr Wirtschaftsabitur und ist Kreisvorsitzende der JuLis Höxter. Ihr erreicht sie unter **nelek@julis.de**

Geschenke, die die Welt verändern.

Jetzt Wasser spenden!

drk.de/weihnachten

DRK-Spendenkonto
Deutsches Rotes Kreuz e.V.
IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07
BIC: BFSWDE33XXX

Deutsches Rotes Kreuz

DER STAATS-TROJANER

ANIS AMRI UND DER MYTHOS DER AHNUNGSLOSEN OBRIGKEIT

Im Jahr 2021 hat sich in Deutschland einiges verändert. Angela Merkel tritt als Bundeskanzlerin ab, Franca Lehfeldt und Christian Lindner wollen sich das Ja-Wort geben und viele von uns können wieder zur Uni oder in die Schule zurückkehren. Eines ist aber gleich geblieben. In jedem Fall, in dem der Staat dem Bürger mehr Eingriffsbefugnisse in dessen Grundrechte abverlangt, erzählt er dieselbe alte Geschichte: Man brauche mehr Überwachungsmöglichkeiten, um seine Bürgerinnen und Bürger effektiv schützen zu können.

So auch beim Staatstrojaner. Die große Koalition wollte den Behörden die Option eröffnen, auch an verschlüsselte Kommunikation von Verdächtigen zu gelangen. Der Staatstrojaner als entsprechende Überwachungssoftware soll dann Chats oder Anrufe abzweigen, bevor sie verschlüsselt werden oder nachdem sie wieder entschlüsselt wurden. Dies ist auch explizit als Präventivmaßnahme möglich, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Dies gilt unter Umständen auch für Kontaktpersonen von Verdächtigen, die so ebenfalls gehackt werden können. Zwar wurde der Gesetzesentwurf bereits im deutschen Bundestag deutlich entschärft und der Bundesrat stoppte dann den Staatstrojaner für die Bundespolizei vorerst. Ein bitterer Beigeschmack bleibt dennoch: So haben alle 19 Nachrichtendienste in Deutschland nach wie vor die Möglichkeit, einen gravierenden Grundrechtseingriff in Form einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung zu praktizieren.

Schlimmer als dieses konkrete Gesetzesvorhaben hingegen ist das Narrativ, das dahintersteht. Anstatt die altbekannten Probleme der eigenen Sicherheitspolitik zu beheben, erzählen die Sicherheitsbehörden seit Jahrzehnten denselben Mythos: den Mythos der ahnungslosen Obrigkeit. Eben diesem gilt es zu widersprechen. Denn es gibt eine Vielzahl an Lebensbeispielen, welche diejenigen Funktionsträger widerlegen, die das Problem bei zu begrenzten Informationserhebungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden suchen. Ein Ereigniskomplex ragt dabei besonders hervor: der schwerste islamistische Anschlag, der je auf deutschem Boden verübt wurde. Am 19. Dezember 2016 fuhr der Tunesier Anis Amri mit einem Lkw über den Breitscheidplatz in Berlin und riss damit 13 unschuldige Menschen in den Tod. Seit 2021 bin ich als Mitarbeiter der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss I (Fall Amri) beschäftigt. Ein Untersuchungsausschuss hat dabei aber nicht die Aufgabe, den Job von Ermittlungsbehörden zu übernehmen, sondern vor allem herauszustellen, was man zukünftig verändern könnte, um solche Geschehnisse zu verhindern. Ist man in diesem Prozess involviert, so fallen zwei Dinge bezüglich des Breitscheidplatz-Anschlags besonders auf. Erstens: Bei der Ermittlungsarbeit sowohl vor als auch nach dem Anschlag wurden gravierende Fehler gemacht. Zweitens: Die Verantwortlichen in der Exekutive sind nicht gewillt, diese Fehler zu beheben, weil dies erfordern würde, die eigenen Fehler einzuräumen und unter Umständen auch kompetenztechnische Zugeständnisse machen zu müssen. Es ist doch viel leichter zu behaupten, dass man etwas nicht gewusst habe, nicht wahr?

Am Fall Anis Amri zeigt sich, dass die deutschen Sicherheitsbehörden viel brauchen können, außer mehr Eingriffsbefugnisse. Man hatte nämlich (rein abstrakt) alle Möglichkeiten, um Amri vor dem Anschlag in Gewahrsam zu nehmen oder zumindest zu erahnen, was dieser vorhat.

HIER EIN PAAR VERANSCHAULICHENDE BEISPIELE

Weniger als einen Monat nachdem Amri 2015 in Deutschland ankam, hatten die Sicherheitsbehörden bereits Überwachungsmaßnahmen gegen diesen eingeleitet und verfolgten dessen Chats und Telefonate. Viele Bestandteile seiner Kommunikation wurden jedoch erst nach dem Anschlag ausgewertet, weil es den zuständigen Behörden an Übersetzern fehlte. Mangelnde Absprachen und dürftige Überprüfungsmechanismen in den Registrierungseinrichtungen ermöglichten es Amri, sich unter acht verschiedenen Alias-Identitäten erfassen zu lassen und so zeitgleich

Bildnachweis: stock.adobe.com/vegefox.com

zu seiner Radikalisierung in deutschen Islamistennetzwerken auch Sozialleistungsbetrug zu begehen.
Amri pendelte regelmäßig zwischen NRW und Berlin, sodass bei jedem Wechsel des gewöhnlichen Aufenthaltsortes auch die Zuständigkeit der Landeskriminalämter zwischen Berlin und Nordrhein-Westfalen wechselte. Eines Tages kontrollierten dann Beamte des Berliner LKA, entgegen der ausdrücklichen Anweisung der Kollegen aus NRW, Anis Amri ohne Grund an einem Busbahnhof und gaben sich als Beamte des LKA zu erkennen. Amri war gewarnt und verschwand zunächst spurlos.

Schließlich wurde Anis Amri auf Veranlassung des LKA Berlin als Gefährder ausgestuft, weil er zunehmend mit Drogen dealte und man annahm, dass dies für einen Islamisten untypisch sei. Man stellte also jegliche Überwachung gegen ihn ein. Ungünstigerweise befolgte Amri wohl nur einen Ratschlag aus dem IS-Handbuch „How to survive in the west“, welches Attentätern anriet, sich vor Anschlägen exakt so zu verhalten, um die Behörden zu verwirren. Das LKA NRW wusste wohl von diesem Buch. Das LKA Berlin leider nicht.

Der Fall Amri ist nicht nur wegen seiner historischen Grausamkeit in diesem Kontext so erwähnenswert, sondern gerade auch, weil er paradigmatisch die katastrophale Fehlerkultur der deutschen Sicherheitspolitik aufzeigt. Wer nach einem solchen Anschlag, der unter den Augen der Behörden begangen wurde, nach wie vor auf seine Überwachungsfantasien setzt, offenbart beispiellose Ignoranz. So ist auch der sogenannte Staatstrojaner Ausfluss einer Sicherheitspolitik, die sich den notwendigen Änderungen verweigert.

Anstatt danach zu fragen, wie man die Bürgerinnen und Bürger noch effizienter überwachen kann, sollte man die Fragen stellen, die tatsächlich Lösungen hervorbringen: Brauchen wir wirklich 16 einzelne Landeskriminalämter? Warum hat das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) als einzige offizielle Plattform der Behördenzusammenarbeit immer noch keine gesetzliche Grundlage? Und wer aus einer anderen Gewalt überprüft die Arbeit der Geheimdienste in der Exekutive?

So offensichtlich die notwendigen Schritte in der Sicherheitspolitik auch sein mögen, so offensichtlich ist auch der Grund, warum die Hans-Georg Maaßens unserer Republik diese Fragen nicht stellen: Niemand möchte Macht abgeben und niemand möchte Fehler eingestehen. So lange, wie die Regierenden aber immer und immer wieder die gleichen Narrative bedienen, verweilt unsere Sicherheitspolitik im letzten Jahrtausend.

In Bezug auf den Staatstrojaner sagte Mathias Middelberg als innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Plenum, dass man so „das Verfassungsschutzrecht auf die Höhe der Zeit bringen“ wolle. Lässt man aber konservative Fieberträume beiseite und betrachtet die Fakten, so ist es kein Staatstrojaner und keine Vorratsdatenspeicherung, die unsere Sicherheitspolitik voranbringt. Lediglich eine grundlegende Reform unserer föderalen Sicherheitsarchitektur vermag dies zu leisten.

Disclaimer: Die in diesem Artikel verwendeten Informationen sind alle in öffentlichen Sitzungsprotokollen oder Fachpresse zugänglich. Eingestufte Informationen werden ausdrücklich nicht verwendet.

Robert Bennington Christofor (20)
studiert Jura, ist Landtagskandidat im Wahlkreis 109, arbeitet für die FDP-Landtagsfraktion. Ihr erreicht ihn unter
robert.enning@gmx.de

THE ECONOMIC CASE AGAINST DISCRIMINATION

Diskriminierung ist aus moralischer Sicht abzulehnen und zu bekämpfen. Dennoch scheint es häufig, dass rechter Politik eine Kompetenz in Wirtschaftsfragen zugeschrieben wird: Hat Diskriminierung also aus ökonomischer Perspektive eine Berechtigung? Eine Studie zeigt jetzt anhand von Zahlen aus dem Dritten Reich, wie sehr Diskriminierung Wirtschaftswachstum und Unternehmensperformance schädigt.

Während hier in Deutschland in den letzten Wochen regelmäßig Fotos von Zapfsäulen mit hohen Preisen für eine Tankfüllung durch die sozialen Medien kursierten und eine Debatte über Sprit- und Energiepreise geführt wurde, erreichten uns aus Großbritannien Bilder mit langen Schlangen vor Tankstellen. Denn den Briten geht das Lkw-Personal aus. Tankstellen ohne Benzin und leergefegte Supermärkte haben in dem Vereinigten Königreich einmal mehr hitzige Diskussionen über den Brexit ausgelöst. Auch wenn die Gründe für diese Krise vielfältig sind – von einer Überalterung und mangelhaften Nachwuchsförderung in dieser Branche bis hin zu allgemeinen Lieferproblemen in den weltweiten Logistikketten –, so sind die Auswirkungen des Brexits in Kombination mit Covid-19 der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer aus der EU, die während Corona das Königreich in Richtung ihrer Herkunftsländer verlassen haben, können (oder wollen) nun aufgrund bürokratischer Hürden nicht wieder nach Großbritannien zurück. Inzwischen hat die Downing Street reagiert und die Einreise-Bestimmungen gelockert, doch bisher dauert die Bearbeitung der Anträge noch zu lange.

Wie konnte das passieren? Hatten Brexiteers nicht versprochen, dass der Brexit zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte für die britischen Staatsbürgerinnen und -bürger werden würde? Dabei hetzte man nicht nur gegen die Europäische Union – insbesondere gegen die vermeintlich hohen Abgaben –, sondern auch gegen Immigranten aus der Europäischen Union. 2014 sprach Nigel Farage gar von einer ernsthaften lebensbedrohlichen Krankheit im Bezug auf sogenannte billige Arbeit aus der EU. Man wurde nicht müde zu betonen, dass die Arbeitskräfte aus anderen Ländern die Löhne drücken würden und dass das durch den Brexit aufhören würde. Die Realität ist nun eine andere: Denn der wirtschaftliche Schaden des Brexits ist schon jetzt riesig.

Und der Brexit ist kein Einzelfall: Immer wieder predigen zumeist rechte, mitunter auch autokratische Politiker die Vorzüge des Protektionismus und des Nationalismus und kultivieren einen mehr oder weniger starken Fremdenhass. Ein jüngeres Beispiel ist hier die trumpsche Außenpolitik, die mit dem „Muslim Travel Ban“ oder dem grotesken Mauerbauprojekt immer wieder Schlagzeilen machte. Auch Diskriminierungen gegen Teile der Gesellschaft des eigenen Landes sind unter rechten Politikern sehr beliebt. Aktueller Fall ist die Verfolgung von Anhängerinnen und Anhängern des türkischen Klerikers Muhammed Fethullah Gülen. Seit dem Putschversuch 2016 wurden Zehntausende Festnahmen durch die türkische Regierung beauftragt, weitere Hunderttausend Türken haben ihren Job verloren, weil sie verdächtigt werden, der Gülen-Bewegung anzugehören.

Paradox ist, dass rechte Politiker oft den Ruf haben, eine besonders erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben. Neben anderen wirtschaftspolitischen Impulsen, die von marktaffin bis zu marktfeindlich reichen, wird oft eine Rhetorik bemüht, die eine ethnische oder religiöse Minderheit gegen die Mehrheitsbevölkerung ausspielt und der Letzteren ökonomische Profite von dieser Politik verspricht. Durch diese Politik verlieren die entsprechenden

Gesellschaften wertvolle Fachkräfte, Versprechen können nicht gehalten werden– im Gegenteil nimmt das Wirtschaftswachstum langfristig sogar ab.

Unglücklicherweise ist es sehr schwierig, die konkreten ökonomischen Auswirkungen dieser Politik zu messen. Der Chicago-Ökonom Kilian Huber und die beiden Münchener Wirtschaftswissenschaftler Volker Lindenthal und Fabian Waldinger haben in einer Studie nun die wirtschaftlichen Auswirkungen von Diskriminierung im Zuge des grausamsten Verbrechens der Menschheit – der Shoah – untersucht. Das menschliche Leid des Holocaust ist dabei unbestritten. Die drei Autoren zeigen, dass die Diskriminierung von Menschen jüdischen Glaubens oder mit jüdischem Hintergrund neben dem grausamen menschlichen Leid auch wirtschaftliche Konsequenzen hatte, die sich noch heute auf unsere Volkswirtschaft auswirken.

Menschen jüdischen Glaubens oder mit jüdischem Hintergrund waren vor der Machteroberung der Nazis in 1933 wichtige Wirtschaftstreiber. Lag der Anteil an der Bevölkerung bei 0,8 %, bekleideten Menschen jüdischen Glaubens oder mit jüdischem Hintergrund 15,8 % der oberen Management-Positionen in der Stichprobe, die aus 655 Unternehmen bestand, welche von 1932 bis 1938 an der Berliner Börse gelistet waren. Auch waren die jüdischen Manager in der Stichprobe besser gebildet, erfahrener und besser vernetzt als nicht-jüdische Manager. Nach der Machteroberung sank der Anteil der jüdischen Manager um ca. 30 % in 1933. 1938 waren so gut wie alle jüdischen Manager entlassen worden. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Diskriminierung zu messen, wird nun die Änderungsrate der Performance der 247 deutschen Unternehmen, die 1932 keine jüdischen Manager eingestellt hatten, mit der Änderungsrate der Performance der 408 Berliner Unternehmen verglichen, bei denen 1932 jüdische Manager beschäftigt waren.

Ergebnis der Entlassung aller jüdischen Manager von 1933 bis 1938 war, dass die Firmen diese mindestens zehn Jahre lang nicht adäquat ersetzen konnten. Als Folge des gravierenden Verlustes an Humankapital sanken die Aktienkurse der betroffenen Unternehmen so stark, dass der Marktwert um 1,78 % des deutschen BIP sank. Dies sind allein die Auswirkungen des Verlustes an jüdischen Managern, der Gesamtverlust durch die Diskriminierungen im Dritten Reich ist sicherlich um ein Vielfaches höher.
Dass Diskriminierung immer schlimme Auswirkungen auf das Individuum hat, dürfen wir dabei nicht vergessen. Auch lassen sich die Grausamkeiten Nazideutschlands nicht adäquat in Zahlen ausdrücken. Doch was diese Studie klar machen sollte, ist, dass rechte Wirtschaftspolitik, welche Gesellschaftsgruppen gegeneinander ausspielt, mit Sicherheit nicht nur absolut menschenverachtend ist, sondern auch wirtschaftsschädlich. Und auch eine Politik, welche – zwar nicht menschenverachtend – angeheizt durch rechte, nationalistische Rhetorik die Abschottung und Ausgrenzung von wertvollem Humankapital, wie Lkw-Fahrerinnen und Fahrern bewirkt, hat horrende Kosten.

Simon Haastert (25) promoviert im Bereich Ökonometrie und Wirtschaftsstatistik in Münster. Ihr erreicht ihn unter **haastert@julis.de**

WER WIR SI

13

WIR GLAUBEN ALLE AN DIE FREIHEIT UND EIGENVERANTWORTUNG EINER JEDEN UND EINES JEDEN.

Wir streiten uns mal, führen politische Diskurse über die Sinnhaftigkeit des öffentlichen Rundfunks oder wie in dieser Ausgabe über Meisterpflicht und Mindestlohn. Das alles sollte aber natürlich stets auf einer sachlichen Ebene bleiben. Leider gelingt das nicht immer. Wo sich viele Menschen gemeinsam engagieren, kommt es leider manchmal auch zu Problemen, Konflikten und Übergriffen. Um in solchen Fällen zu schlichten und Ansprechperson bei Diskriminierungserfahrungen zu sein, gibt es bei uns Jungen Liberalen die Vertrauenspersonen. Sie sind Ansprechpersonen für alle Mitglieder, wenn soziale Konflikte bestehen oder Fehlverhalten vorliegt. Wir stellen dir hier die beiden neuen Vertrauenspersonen Victoria und Léon vor. Online findest du Kontaktmöglichkeiten und auch ein anonymes Kontaktformular.

Name: Léon Beck
Kreisverband: Bochum
Jahrgang: 1995
Beruf: Student an der NRW School of Governance, Social Media für einen MdB
Wie lange bei den JuLis: 2013
Bisherige Ämter: Kreisvorsitzender JuLis Bochum, stellvertretender Bezirksvorsitzender JuLis Ruhrgebiet, Leiter eines Landesarbeitskreises, Beisitzer im Landesvorstand JuLis NRW, stellvertretender Landesvorsitzender JuLis NRW, Mitglied des Rates der Stadt Bochum
Warum Vertrauenspersonen wichtig sind:
„Damit jugendpolitisches Engagement gut funktioniert, muss es immer die Gewissheit geben, dass es Menschen gibt, an die man sich im Zweifel vertrauensvoll wenden kann, wenn man sich unwohl fühlt oder es Konflikte gibt. Dafür bin ich gerne da."

Name: Victoria Hentzen
Kreisverband: Aachen Stadt
Jahrgang: 1997
Beruf: Unternehmensberaterin im Bereich Einkauf und Supply Chain
Wie lange bei den JuLis: Dezember 2010
Bisherige Ämter: Beisitzerin für Programmatik im Landesvorstand JuLis Hessen, stv. Kreisvorsitzende in Darmstadt und Aachen, Leiterin eines Landesarbeitskreises, Delegierte bei LYMEC-/IFLRY-Kongressen
Warum Vertrauenspersonen wichtig sind:
„Ich selber wurde schon auf Kongressen belästigt und es war für mich hilfreich zu wissen, es gibt neutrale Personen, die sich um mein Anliegen kümmern und vertraulich eine Lösung finden. Damit ihr im Konfliktfall auch jemanden habt, freue ich mich, dass ihr mich zu eurer Vertrauensperson gewählt habt."

PAX EUROPAEA

DIE WESTLICHEN WERTE

Die westlichen Werte wie individuelle und sexuelle Freiheit, Selbstbestimmungsrechte von Frauen und LGBTQI+, freie Berufswahl und Demokratie sind auf dem Rückzug. Das zeigt nicht zuletzt der Rückzug des Westens aus Afghanistan. Auch ein Rückzug der Streitkräfte aus Mali wird immer wieder diskutiert. Aber auch hier im Westen sind unsere Werte bedroht, so werden in Polen LGBTQI+-freie Zonen und Städte erschlossen, wo Menschen ihre sexuelle Identität nicht ausleben dürfen. Dazu kommt ein extrem striktes Abtreibungsverbot, was nicht nur in europäischen Ländern, sondern sogar in Texas, USA eingeführt wurde und ein extremer Eingriff in die Selbstbestimmung der Frau ist.

PAX AMERICANA

Lange Jahre war die USA der Garant für Freiheit und Demokratie und unterstützte junge Demokratien. Jedoch hat sich die Außenpolitik der USA unter Präsident Trump extrem geändert. PAX Americana wird vielleicht einigen ein Begriff sein. Durch die PAX Americana ist es den USA gelungen, im 20. Jahrhundert eine, und letztlich die einzige Weltmacht zu werden. PAX Americana hat etwa während des Zweiten Weltkriegs begonnen. Nazideutschland hat in den 1940ern versucht, die Wirtschaftskraft der USA zu beschneiden, indem es den amerikanischen Außenhandel blockierte. Eigentlich wollte Nazideutschland damit erreichen, sowohl die USA aus dem Zweiten Weltkrieg rauszuhalten als auch durch ausbleibende dringende Lieferungen Großbritannien zur Kapitulation zu zwingen. Doch da haben die Nazis nicht mit der Wirtschaftskraft der USA gerechnet. Nicht nur ist die amerikanische Wirtschaft hochgefahren und an der Seite der alliierten Kräfte in den Krieg eingetreten, sondern auch als die stärkste Wirtschaftskraft aus dem Zweiten Weltkrieg rausgegangen. Der amerikanische Dollar löste das Britische Pfund als Reservewährung ab. Ziel der Pax Americana war eine friedliche Welt. Dies soll durch Interventionen erreicht werden, die Länder dazu zwingen, autoritäre Regime durch freiheitliche Demokratien zu ersetzen, aber auch durch Handel von Wirtschaftswaren. Wenn zwei Staaten miteinander Handel treiben, haben sie schließlich kein Interesse daran, militärisch gegeneinander vorzugehen. Jedoch ist die beste Garantie für einen Handel die Sicherheit, schließlich sollen Waren auch sicher von A nach B verschickt werden können. Die Amerikaner lösten das Problem, indem sie, zunächst in verbündeten, später auch in anderen Ländern Militärbasen errichteten. So haben die Amerikaner weltweit etwa 800 militärische Außenposten, um den Handel für sich und ihre Verbündeten zu schützen. Aber wie ist es überhaupt möglich, dass Amerika so viele Außenposten hat? Nun, eigentlich ganz einfach. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg multilaterale Bündnisse wie die NATO beschlossen. Der für die Welt wohl größte Erfolg der PAX Americana war der Fall der zweiten Großmacht, der Sowjetunion. Im Gegensatz zu den USA war die UdSSR ein zentralistisches Regime mit wenig Freiheiten für die einzelnen Bürger.

DAS ENDE DER PAX AMERICANA

Am 11.09. 2001 Fand der wohl größte und Verheerendste Terroranschlag der Geschichte statt. 2.977 Menschen ließen ihr Leben als zwei Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers Flogen. Dies löste den ersten NATO- Bündnisfall in der Geschichte aus. Das Besondere an nine eleven, der Angriff ging nicht von einem Staat, sondern eine Terrororganisation aus. Daraufhin erklärten alle NATO- Saaten dem Terror den Krieg. Während es den Amerikanern jedoch gelang in den Späten 1940ern bis 1950ern in deutschland und Japan Demokratien und eine Starke wirtschaft und somit Wohlstand zu sichern, gelang es in den Feldzügen Irak und Afghanistan nicht. Im Gegenteil. Nach dem sich die westlichen Kräfte mitte dieses Jahres aus Afghanistan zurückgezogen eroberte die Taliban in Rekordzeit das gesamte Land Zurück. Die Folgen des Rückzuges sind bis heute nicht in der gesamten Tragweite zu erfassen, fest steht aber während der Westen und die Demokratie verloren, gewannen die Zentralisten. Denn im Schatten dieser Konflikte hatte sich eine neue, sozialistische Großmacht gebildet. China ist es durch seine zentral organisierte Staatswirtschaft gelungen einer der Big Player in

der Welt zu werden. Bereits kurz nach dem Abzug der NATO-Truppen ging China in Verhandlungen mit den Taliban um sich ressourcen zu sichern. Auch Russland hat sich zu einer wie sie selbst sagen "Demokratie" entwickelt. Zu ihrer "Demokratie" scheid es jedoch zu gehören Presse- und Meinungsfreiheiten zu beschneiden und oppositionelle per Giftattentate zum schwegen zu bringen. Auch sticheln sie immer wieder gegen den Westen. So gibt es ständig Hackerangriffe auf Mitgliedstaaten der EU und annektieren widerrechtlich die Krim. So wird die USA weiter und weiter von ihrer Rolle als Weltpolizei verdrängt ebenso wie unsere Westlichen Werte.

PAX EUROPEAN ALS ANTWORT AUF WENIGER FREIHEIT IN DER WELT?

Gerade wir als Europäer haben dieser Außenpolitik viel zu verdanken. So hätte es ohen die PAX Americana weder eine deutsche Wiedervereinigung, noch eine Europäische Union gegeben. Als Europa und geeintes Deutschland sind wir ebenso wie Japan, Südkorea, Israel, Taiwan und viele weitere Staaten ein positives Beispiel was aus einer PAX- Strategie entstehen kann. Auch wir Jungen Liberalen könnten vermutlich ohne die PAX Amerikaner nicht in der jetzigen Form Politik mitgestalten, und auch der Kampf für mehr Freiheit der Menschen würde sich ohne PAX Amerikaner heute durchaus schwieriger gestalten. Vermutlich hätten wir gar noch ein geteiltes Deutschland und ein geteiltes Europa.

Die USA haben im vergangenen Jahr einen neuen Präsidenten gewählt. Mit Joe Biden haben die USA einen Amerikanischen Außenpolitiker der alten Schule gewählt. Er hat bereits jetzt mehr Interventionen gegenüber Menschenrechtsverletzungen wie bei china Angekündigt. Auch hat er Putin klar gemacht das er Keine weiteren Provokationen gegen den Westen mehr duldet. Innerhalb der NATO will Biden wieder einen Aktiveren Part als sein Vorgänger eingehen, und auch insgesamt setzt setzt biden wieder mehr auf multilaterale Abkommen. Aber Reicht das schon aus um wieder Mehr westliche Werte in der Welt zu vertreten?

Ich denke nicht. Die USA sind in ihrer Rolle als Weltpolizei geschwächt und das stellt auch für uns ein Risiko da. Amerika braucht einen Starken Europäischen Verbündeten in der Welt. Einen Verbündeten der im zweifel aber auch alleine und mit einer selbständigen PAX- Strategie agieren kann. Ich denke, dass wir auch in Zukunft mehr über die Rolle Europas in der Welt als ein vertreter der Demokratie und der Freiheit streiten sollten. Ein erster schritt dahin wäre schon mal eine Europäische Armee.

Mathis Säck ist Vorsitzender der JuLis Detmold. Ihr erreicht ihn unter **mathis.saeck2@gmail.com**

IMPRESSUM

Chefredaktion/V.I.S.D.P.
Chefredaktion Sina Behrend, sina.behrend@julis.de, und Torben Hundsdörfer, torbenhundsdoerfer@julis.de

Redaktion:
Mark Bauer, Léon Beck, Sina Behrend, Robert Christophor, Paavo Czwikla, Simon Haastert, Jakob Hager, Nourhan Haj Mohamad, Torben Hundsdörfer, Alexander Kobuss, Nele Köhler, Laura Litzius, Moritz Mittendorf, Philipp Oberberg, Mathis Säck, Marc Urmetzer, Daniel Winkens

Herausgeber und Verlag
Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

Fotos
photocase.com/Adobe Stock

Gestaltung
BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

Lektorat
Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

Druck
frames GmbH, Essen
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

renew europe.

MORITZ KÖRNER, MdEP

Mitglied im Präsidium der FDP

Innen- und Haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

@moritzkoernerfdp
@moritz_koerner
@moritzkoerner
@Moritz Körner

Liebe JuLis,

2021 war für uns alle ein ereignisreiches und mit Sicherheit kein Jahr wie jedes andere. Die Corona-Pandemie bestimmte noch im Frühjahr unser Leben – inzwischen sind wir mit der großartigen Errungenschaft der Impfung auf dem Weg zu etwas mehr Normalität im Alltag.

Die Freien Demokraten haben bei der Bundestagswahl ein hervorragendes Ergebnis errungen und dies ist auch und gerade den Jungen Liberalen zu verdanken – ich beglückwünsche Euch zu diesem großartigen Erst- und Jungwählerergebnis!

Nun kommen wir über die Weihnachtsfeiertage alle etwas zur Ruhe, bereiten uns auf die Aufgaben im kommenden Jahr vor und blicken gespannt in eine positive Zukunft.

Ich wünsche Euch allen ein paar erholsame weihnachtliche Tage und einen guten Start in das neue Jahr 2022!

Euer

Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP

In meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ nehme ich euch mit hinter die Kulissen der europäischen Politik. Ihr findet ihn auf Spotify (siehe QR-Code rechts)

© Renew Europe 2021